



www.laender-analysen.de/ukraine

DER BEWAFFNETE KONFLIKT IN DER OSTUKRAINE KORRUPTION UND DIE PERSPEKTIVEN DES REFORMPROZESSES

■ VON DER REDAKTION			
Veränderungen bei den Länder-Analysen	2		
■ EINLEITUNG			
Der bewaffnete Konflikt in der Ost-Ukraine: Einschätzungen deutscher Experten im Überblick	3		
■ KOMMENTAR			
Allheilmittel Friedenssicherung? Von Mario Baumann (University of St Andrews)	3		
2018: eine Chance für den Frieden in der Ostukraine? Von Regina Heller (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg)	5		
Perspektiven des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine – wenig Aussichten auf Veränderung Von Stefan Meister (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin)	7		
Krieg – die neue Normalität in der Ukraine? Von Gwendolyn Sasse (Zentrum für Osteuropa- und Internationale Studien, Berlin)	8		
Im Donbas – keine Aussicht auf Frieden Von Gerhard Simon	10		
Die Zukunft des bewaffneten Konflikts im Donbas Von Susan Stewart (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)	11		
Auf dem Weg zu einer Teillösung des »Ukraine- konflikts«? Das Instrument einer UN-Friedensmission für den Donbas und die westliche Russlandpolitik Von Andreas Umland (Institut für Euro-Atlantische Kooperation Kiew)	13		
		Perspektiven des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine. Ist eine Friedenstruppe realistisch? Von Nikolaus von Twickel	15
		■ DOKUMENTATION	
		Die UNO zur humanitären Lage in der Ostukraine	16
		■ ANALYSE	
		Vom Jäger zum Gejagten? Eine Analyse der Auseinandersetzungen um das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine (NABU) Von Mattia Nelles (Kyiv-Mohyla Akademie)	18
		■ UMFRAGE	
		Die Korruptionsbekämpfung aus Sicht der ukrainischen Bevölkerung	22
		■ KOMMENTAR	
		Die schwindende Chance der Ukraine auf inklusive Institutionen Von Viktor Stepanenko (Institut für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, Kiew)	24
		■ DOKUMENTATION	
		Folter durch die ukrainische Polizei	26
		■ DOKUMENTATION	
		Aktuelle Versuche einer Wahlrechtsreform	28
		■ CHRONIK	
		11. Dezember 2017 – 21. Januar 2018	30

Veränderungen bei den Länder-Analysen

Das neue Jahr bringt einige Veränderungen bei den Länder-Analysen mit sich: Ab dem 1. Januar 2018 werden die Ukraine-Analysen, Belarus-Analysen, Polen-Analysen, Russland-Analysen und Zentralasien-Analysen von einem neu konstituierten Konsortium herausgegeben. Zu diesem Konsortium gehören sechs wissenschaftliche Institutionen:

- Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde;
- Deutsches Polen Institut;
- Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen;
- Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien;
- Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung;
- Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien.

Aufgabe des Konsortiums ist es, die Kooperation zwischen den Länder-Analysen zu koordinieren und zu stärken. Zugleich soll so die Herausgabe der Länder-Analysen institutionell, finanziell und personell auf eine nachhaltige Grundlage gestellt werden.

Die Verantwortung für die Ukraine-Analysen bleibt bei der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Zu unserem großen Bedauern beendet allerdings Dr. Katerina Bosko ihre Tätigkeit als wissenschaftliche Redakteurin. Die Ukraine-Analysen sind ihr für ihren langjährigen kompetenten und engagierten Einsatz mehr als dankbar!

In einer Übergangsphase werden ab Februar Katharina Hinz und Heiko Pleines die Redaktion der Ukraine-Analysen übernehmen. Unterstützt werden die Ukraine-Analysen seit Jahresbeginn durch einen wissenschaftlichen Beirat bestehend aus:

- Dr. Kseniia Gatskova, IOS Regensburg
- Prof. Dr. Guido Hausmann, IOS Regensburg
- Dr. Susan Stewart, SWP Berlin
- Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Redaktion der »Ukraine-Analysen«

Jan Matti Dollbaum, Sophie Hellgardt, Katharina Hinz, Matthias Neumann, Heiko Pleines

EINLEITUNG

Der bewaffnete Konflikt in der Ost-Ukraine: Einschätzungen deutscher Experten im Überblick

Der bewaffnete Konflikt in der Ost-Ukraine dauert bereits im vierten Jahr an. Nach Schätzungen der UNO sind dabei schon mehr als 10.000 Menschen getötet worden. Seit knapp drei Jahren hat sich die militärische Lage jedoch nicht mehr nennenswert verändert. Der Konflikt ist deshalb von vielen Beobachtern bereits als »vergessen« bzw. »weitgehend eingefroren« bezeichnet worden.

Zuletzt gab es aber wieder zunehmend internationale Schlagzeilen zur Lage in der Ost-Ukraine. Ende November 2017 kam es in der »Volksrepublik Luhansk« zu einem gewaltsamen Machtwechsel. Ende Dezember wurde dann bekannt, dass die USA umfangreiche Waffenlieferungen an die Ukraine planen. Russland reagierte auf die Meldung mit scharfer Kritik. Einige Tage später erfolgte nach langen Verhandlungen ein teilweiser Gefangenenaustausch, bei dem die Separatisten 74 Gefangene freiließen und die ukrainische Regierung 233.

Ebenfalls im Dezember beschloss Russland den Abzug der russischen Offiziere aus dem Gemeinsamen (ukrainisch-russischen) Zentrum für Kontrolle und Koordination (JCCC) in der Ostukraine, das im September 2014 zur Überwachung der Einhaltung des Minsker Friedensabkommens eingerichtet worden war.

Hoffnungen auf nachhaltige Fortschritte zur Beilegung des Konfliktes waren im September 2017 durch den Vorschlag des russischen Präsidenten Wladimir Putin geweckt worden, der den Einsatz von UN-Friedenstruppen vorsieht. Der Vorschlag ist in den [Ukraine-Analysen Nr. 188](#) dokumentiert worden.

Wir haben nun führende deutsche Ukraine-Experten gebeten, ihre Einschätzung der Perspektiven des Konfliktes in einer kurzen Stellungnahme zusammenzufassen. Die rechtzeitig bei uns eingegangen Texte werden hier im Autorenalphabet veröffentlicht.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

KOMMENTAR

Allheilmittel Friedenssicherung?

Von Mario Baumann (University of St Andrews)

Einleitung

Der jüngste Vorschlag des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Friedenstruppen in die Ukraine zu entsenden, entfachte eine lebhaftige Debatte – hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko eine UN-Friedensmission doch bereits seit Anfang 2015 gefordert. Dass die Vorstellungen beider Männer über Mandat und Umfang einer solchen Mission durchaus nicht kongruent sind, zeigt jedoch, dass das Zauberwort Friedenssicherung (*Peacekeeping*) nicht für ein universelles Heilmittel steht, welches, einmal angewandt, die andauernden Kämpfe in Schach hält. Für eine Beurteilung der Frage, inwieweit eine Friedensmission zur Beilegung des ostukrainischen Konflikts beitragen kann, lohnt sich hingegen ein Blick auf die theoretische Literatur zur Friedenssicherung und auf vergleichbare Missionen.

Mechanismen der Friedenssicherung

Wirkungsmechanismen und Kausalzusammenhänge von Friedenseinsätzen werden systematisch erst seit Anfang der 2000er Jahre diskutiert. Virginia Page Fortna theoretischer Rahmen (Fortna 2008) ist ein für seine Ausführlichkeit und Kohärenz weithin anerkanntes Beispiel dieser Literatur. Aus dieser Perspektive sind erneute Ausbrüche von Gewalt nach einer Waffenruhe im Wesentlichen auf Verhandlungsversagen (*bargaining failure*) zurückzuführen. Ausgehend von der Annahme, dass eine friedliche Streitbeilegung der teuren und verlustreichen Gewaltanwendung vorgezogen wird, können nach James Fearon (1995) asymmetrische Informationen hinsichtlich militärischer Kapazitäten anderer (*private information*) und Unsicherheiten hinsichtlich der Einhaltung von Verpflichtungen (*commitment problems*) den Rückgriff auf Gewalt erklären. Friedenssicherung wirkt

demnach indem es diese beiden Faktoren beeinflusst, um erneute Aggression zu verhindern, Misstrauen und Angst abzubauen, Unfällen vorzubeugen und Befürchtungen politischer Marginalisierung entgegenzuwirken.

Friedenssicherung in der Ukraine

Für die Ukraine stellt sich zunächst die Frage, welche Ursachen sich für ein Verhandlungsversagen identifizieren lassen. Die Konstellation aus den drei beteiligten Akteursgruppen – ukrainische Regierung, Separatisten und Russland – fordert eine Berücksichtigung von Dynamiken interner Konflikte, wie auch der Effekte externer Intervention. Barbara Walter (1997, 2009) hat einen wesentlichen Beitrag bei der Entwicklung von *Bargaining*-Ansätzen für interne Konflikte geleistet. Die Beteiligung nichtstaatlicher Akteure wie der ostukrainischen Separatisten, Anreize die eigenen Fähigkeiten zu verschleiern sowie der Zustrom russischer Ressourcen führen zu gravierenden Problemen asymmetrischer Information. Das starke Machtgefälle zwischen ukrainischer Regierung und Separatisten sowie die externe Rolle Russlands belasten zudem die Glaubwürdigkeit zugesagter Verpflichtungen. Die von Russland als externem Akteur unabhängig verfolgten Ziele im Konflikt schmälern die Summe erreichbarer Übereinkommen maßgeblich. Seine undurchsichtige Rolle sowie auch die geografische Distanz zum Kriegsschauplatz machen Russland in Friedensbemühungen zudem weniger greifbar.

Was heißt das für Friedenssicherung in der Ukraine? Die tiefgreifenden Unsicherheiten und asymmetrische Informationen stellen eine potentielle Friedensmission vor vielschichtige Herausforderungen. Wesentlich wäre eine Beobachterkomponente, welche sich der Reduktion gegenseitiger Unsicherheiten annimmt. Dies ist die grundlegende Funktion der seit März 2014 entsendeten unbewaffneten OSZE Special Monitoring Mission (SMM). Kooperationsverweigerungen durch beide Seiten und gegen das Mandat verstoßende Zugangsbeschränkungen in Teilen der unkontrollierten Gebiete hindern jedoch die SMM maßgeblich daran, ihre Aufgaben zu erfüllen und folglich Unsicherheiten zu vermindern. Diese Schwierigkeiten, wie auch die kontinuierlichen Verletzungen von Waffenruhen deuten darauf hin, dass die durch die SMM geleisteten Sicherheitsgarantien und Abschreckungskraft nicht ausreichen um erneute Gewalt zu vermeiden.

Abgesehen von der täglichen Gewalt an der Kontaktlinie müssten die zugrundeliegenden politischen Fragen adressiert werden, wofür die Minsk-Vereinbarungen mit den ukrainischen Zugeständnissen bei den Themen Dezentralisierung, Autonomierechte und Regionalwahlen einen Ausgangspunkt bieten. Der gegenwärtige Stillstand des Minsk-Prozesses, ausgelöst durch gegenseitiges Fingerzeigen von Seiten Russlands und der

Ukraine, deutet hingegen auf die eigentliche Herausforderung einer nachhaltig erfolgreichen Friedensmission hin. Ganz abgesehen von der politischen (Un)Möglichkeit einer Einigung auf ein umfassendes Mandat, droht die externe Dimension des Konflikts jegliche Friedensanstrengungen zu untergraben (Cunningham 2010; Fortna 2008). Der Strom russischer Ressourcen, militärischen Materials und Kämpfer, würde, da asymmetrische Informationen verstärkend und Unsicherheiten fördernd, Mechanismen der Friedenssicherung aushebeln, die auf eine Beilegung der Gewalt und eine Lösung der grundlegenden Probleme hinarbeiten.

Parallelen zu Angola

Im Hinblick auf den Umgang mit der Einflussnahme externer Staaten können Parallelen zum Bürgerkrieg in Angola und der ersten United Nations Angola Verification Mission (UNAVEM I, 1988–91) gezogen werden. Der Erfolg der unbewaffneten Beobachtermission wird maßgeblich ihrem Ansatz zugeschrieben, zunächst den Rückzug ausländischer (kubanischer und südafrikanischer) Truppen zu ermöglichen, um den Weg für weitere Fortschritte zu ebnet (Krska, 1997). Das 1988 abgeschlossene Friedensabkommen wurde somit durch ein sequentielles Vorgehen, welches das Problem externer Ressourcen priorisierte, ermöglicht (Cunningham 2010). Die Erfahrungen der UNAVEM I bekräftigen, dass eine nachhaltige Lösung des Konflikts in der Ukraine nur nach einem Versiegen russischer Unterstützung möglich ist.

Fazit

Diese Betrachtungen deuten die vielseitigen Herausforderungen an, die sich einer potentiellen Friedensmission in der Ostukraine stellen. Um Verletzungen von Waffenruhen glaubhaft vorzubeugen, müsste ein Mandat über das einer reinen Beobachtermission hinausgehen und zudem politische Fragen, wie sie die Minsk-Vereinbarungen adressieren, berücksichtigen. Eine *multi-dimensionale* Mission – leichtbewaffnete Truppen, die die Einhaltung von Vereinbarungen beobachten und berichten, Entwaffnung ermöglichen und zivile Aufgaben übernehmen – könnte den ständigen Kreislauf aus neuer Gewalt durchbrechen. Die Unterbindung russischer Unterstützung an die Separatisten offenbart sich hingegen als Voraussetzung jeglicher Bemühungen der Friedenssicherung. Die externe Dimension sollte daher priorisiert werden. Im Hinblick auf die Tragheit des Minsk-Prozesses könnten Überlegungen einer sequentiellen Vorgehensweise neue Impulsgeber sein.

Informationen über den Autor und eine Bibliografie zum Beitrag finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Mario Baumann studiert im Masterstudiengang International Security Studies an der University of St Andrews. Zu seinen Forschungsinteressen gehören die EU-Beziehungen zu Russland, den östlichen Partnerländern sowie Zentralasien.

Bibliografie

- Cunningham, D. E., 2010. How external states can prolong civil wars. *Journal of Peace Research*, 47(2), pp. 115–127.
- Fearon, J. D., 1995. Rationalist Explanations for War. *International Organization*, 49(3), pp. 379–414.
- Fortna, V. P., 2008. *Does Peacekeeping Work? Shaping Belligerents' Choices After Civil War*. Princeton: Princeton University Press.
- Krska, V., 1997. Peacekeeping in Angola (UNAVEM I and II). *International Peacekeeping*, 4(1), pp. 75–97.
- Walter, B. F., 1997. The Critical Barrier to Civil War Settlement. *International Organization*, 51(3), pp. 335–364.
- Walter, B. F., 2009. Bargaining Failures and Civil War. *Annual Review of Political Science*, Volume 12, pp. 243–261.

2018: eine Chance für den Frieden in der Ostukraine?

Von Regina Heller (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH))

Einleitung

Auch fast vier Jahre nach Ausbruch des Konflikts in der Ostukraine lag 2017 ein wirklicher Frieden in weiter Ferne: Das Minsk-II-Abkommen vom Februar 2015 wurde in keinem seiner wesentlichen Punkte eingehalten bzw. umgesetzt. 2017 stieg die Gewalt im Donbass sogar wieder gefährlich an. In der ersten Jahreshälfte starben doppelt so viele Menschen wie in den ersten sechs Monaten 2016. Kiew weigert sich, Regionalwahlen im Donbass abzuhalten, wo Russland weiterhin Kontrolle über die Separatisten ausübt. Derweil hält die EU ihre Sanktionen gegen Russland aufrecht; Washington hat sie 2017 sogar verschärft und zudem im Dezember den Verkauf von Waffen an die Ukraine beschlossen.

Allerdings ist es seit der zweiten Jahreshälfte 2017 auch zu einer vorsichtigen Wiederbelebung des Friedensprozesses gekommen, zuletzt ausgelöst durch den Vorschlag des russischen Präsidenten Wladimir Putin, eine UN-Mission für die Ostukraine einzurichten. Zwar war der ursprüngliche Entwurf, die Mission lediglich entlang der Kontaktlinie aufzustellen, von westlichen Akteuren abgelehnt worden, dennoch engagiert sich vor allem Deutschland aktuell intensiv für ein Mandat, das die gesamte Ostukraine abdeckt.

Wie sind diese unterschiedlichen Dynamiken einzuordnen und welche Möglichkeiten halten sie vor, 2018 dem Frieden in der Ostukraine ein Stück näher zu kommen?

Russlands Kalkül ...

Der aktuelle Vorstoß Putins, eine UN-Mission entlang der Kontaktlinie aufzustellen, kann einerseits helfen, die Gewaltausbrüche einzudämmen, andererseits dazu beitragen, die Spaltung zwischen der Ukraine und den

Separatisten zu konsolidieren. Beides wäre zumindest im Interesse Moskaus. Ein heißer Konflikt scheint für Moskau derzeit nicht wünschenswert. Hier könnte vor allem das Interesse zugrunde liegen, das westliche Sanktionsregime zu lockern oder eine weitere Verschärfung zu verhindern, um die Kosten des Konflikts für Russland zu reduzieren.

Zwar erholt sich die Wirtschaft in Russland aktuell moderat – etwa 2% Wachstum prognostiziert die Weltbank für 2018 –, dennoch stellt vor allem der durch die Sanktionen versperrte Zugang zu den europäischen Kapitalmärkten ein handfestes Problem für die Wirtschaftsentwicklung dar. Die Sanktionen verbieten es Institutionen des westlichen Kapitalmarkts, den gelisteten russischen Banken und Unternehmen Kredite oder Darlehen mit einer Laufzeit von mehr als 30 Tagen zu gewähren. Russische Banken bleiben auf faulen Krediten sitzen; die Zentralbank muss aus ihren Reserven schöpfen und Hilfgelder zur Rettung bereitstellen.

Nicht unerheblich dürften auch die anstehenden Präsidentschaftswahlen im März 2018 sein. Sie lenken die Aufmerksamkeit des Kreml wieder stärker nach innen. Gelingt es Putin, diplomatische Erfolge im Ukraine-Konflikt vorzuweisen, kann er sich im nationalistisch aufgeladenen heimischen Diskurs als konstruktiver Verhandlungspartner und Friedensstifter präsentieren. Ein positives Image nach außen kann auch im Hinblick auf die anstehende Fußball-Weltmeisterschaft nicht schaden. Die Gefahr westlicher Boykotte wird gebannt und die Aussicht auf neue, dringend benötigte Investitionen steigt.

Ebenso gibt es Anzeichen dafür, dass Russland die Herausbildung eines von Russland kontrollierten De-Facto-Staates im Donbass innerhalb der Ukraine wei-

ter vorantreibt. Zwar wies Moskau im Juli 2017 einen überraschenden Vorstoß der Separatisten zurück, die beiden abtrünnigen Gebiete Luhansk und Donezk in einem Staat »Malorossija« zu vereinigen. Doch Stein des Anstoßes war im Kreml vor allem die Forderung, das Gebilde der Russisch-Weißrussischen Union anzuschließen. Russland steuert nicht nur die Geschicke der Separatistengebiete nach außen, sondern mischt sich mittlerweile auch in die inneren Entwicklungen ein. Der im November eskalierte Machtkampf zwischen konkurrierenden Gruppierungen in der selbsternannten »Volksrepublik« Luhansk wurde erst durch die Intervention Moskaus beendet. Mittels Unterstützung einer bewaffneten Einheit aus Donezk wurde der Chef der Volksrepublik Igor Plotnitskij aus seinem Amt entfernt und die Führung an Vertreter der lokalen Sicherheitsbehörden übertragen.

Die Ereignisse in Luhansk haben vor allem auch deutlich gemacht, wie sehr sich im Donbass bereits kriminelle Strukturen und illegale Machenschaften verfestigt haben. Aus Sicht Kiews produzieren sie »schwarze Löcher«, d. h. auf lange Sicht unregierbare Regionen, die ihren eigenen ökonomischen und politischen Logiken folgen. Russland kommt dies in seinem Interesse, die Lage in seinem Nachbarland instabil zu halten, entgegen. Das Beispiel Transnistriens zeigt, dass es umso schwieriger wird, diese Konfliktökonomien zu transformieren und wieder einzugliedern, je länger sie existieren.

... trifft auf westliche Politik

Russland hat ein handfestes Interesse daran, die Gewalt in der Ostukraine zu begrenzen. Nüchtern betrachtet ist aber auch festzuhalten, dass dieses Interesse nur rein taktisch motiviert und mitnichten auf eine wirkliche Normalisierung der Lage ausgerichtet ist. Es ist trotzdem richtig und wichtig, dass der Westen auf die in Moskau empfundene Notwendigkeit zur diplomatischen Verständigung, die vor allem ökonomisch und innenpolitisch motiviert ist, reagiert und diese in seinem Sinne zu nutzen versucht.

So könnte zum Beispiel eine Lockerung der Sanktionen in ausgewählten Bereichen in Aussicht gestellt werden, wenn Russland einer UN-Mission zustimmt, die robust genug ausgestattet ist, also auch tatsächlich über eine Stationierung an der Kontaktlinie hinausgeht. Wichtig bleibt dabei, dass jegliche Änderungen des Sanktionsregimes zwischen den westlichen Partnern abgestimmt werden, um Risse zu vermeiden bzw. nicht

zu vergrößern. Dabei müssen entsprechende Schritte strikt am Fortschritt bei der Umsetzung des Minsker Abkommens ausgerichtet werden. Der aktuell von großem Misstrauen gegenüber Moskau geprägte politische Diskurs in den USA wird allerdings eine Verständigung in diese Richtung nicht einfacher machen.

In Washington scheint man im Moment eher auf eine harte Linie zu setzen. Ob die US-amerikanische Entscheidung, die Ukraine mit Waffen auszurüsten, den Druck in einer Weise erhöht hat, dass Moskau auch in diplomatischen Verhandlungen über eine UN-Mission zu weitreichenden Zugeständnissen bereit ist, bleibt jedoch fraglich. Zumindest hat der Kreml nach Bekanntwerden der Entscheidung aus Washington nur verbal eskaliert. Bei der Zustimmung zum Ende Dezember 2017 durch das ICRC vermittelten Austausch von Gefangenen musste Russland nichts riskieren.

Darüber hinaus bedarf es aber auch eines neuen Ansatzes gegenüber der Regierung in Kiew. Sie gefährdet aktuell massiv den Reformfortschritt in der Ukraine. Vor allem die Untätigkeit bei der Korruptionsbekämpfung bzw. die Rücknahme bereits eingeführter Maßnahmen gegen Korruption birgt Sprengstoff in der Bevölkerung, werden doch beinahe täglich Meldungen über Fälle persönlicher Bereicherung von Oligarchen und auch vermeintlich »pro-westlicher« Politiker bekannt. Noch scheint die Bevölkerung in der Ukraine kein breit angelegtes Protestbedürfnis zu empfinden. Allerdings stehen 2019 in der Ukraine Präsidentschaftswahlen an, in deren Zuge aufgestaute Unzufriedenheit politisiert werden und in größeren Protesten aufgehen könnte.

Ob nun die Mutmaßungen stimmen oder nicht, die von Georgiens Ex-Präsident Micheil Saakaschwili angeführten Demonstrationen, auf denen die Amtsenthebung des ukrainischen Präsidenten Poroschenko gefordert worden waren, seien aus Russland gesteuert und finanziert worden – es bleibt zu befürchten, dass Moskau jede politische Krise in der Ukraine zum eigenen Vorteil ausnutzen wird. Insbesondere die EU muss daher Verschleppungen bei der Korruptionsbekämpfung in der Ukraine klarer sanktionieren und vor allem die politische Klasse wieder stärker auf Reformkurs bringen, um das Vertrauen der ukrainischen Bevölkerung in die Perspektive der Demokratie und die vage Hoffnung auf eine Lösung im Ukraine Konflikt nicht zu verspielen.

Über die Autorin

Dr. phil. Regina Heller ist seit 2009 Wissenschaftliche Referentin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Sie studierte Politikwissenschaft, Ostslawistik und osteuropäische Geschichte in Mainz, Hamburg und Middlebury/Vt. 2014–15 vertrat sie die Professur für Politikwissenschaft, insbesondere internationale Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Perspektiven des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine – wenig Aussichten auf Veränderung

Von Stefan Meister (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin)

Diskussion um eine UN-Friedensmission

Der Krieg in der Ostukraine geht in sein viertes Jahr, weiterhin sterben wöchentlich Menschen, der bewaffnete Konflikt und die Minsker Abkommen, zu dessen Lösung, sind in der Sackgasse. Der Vorschlag des russischen Präsidenten Wladimir Putin, eine UN-Friedensmission zum Schutz der OSZE Beobachter in die besetzten Gebiete zu schicken, kommt auf Grund der unterschiedlichen Vorstellungen über die Konditionen bisher nicht zu Stande. Während die russische Regierung diese UN-Schutztruppe an der Kontaktlinie zwischen dem ukrainischen Mutterland und den selbsternannten Volksrepubliken stationieren und als »Bodyguards« für die OSZE-Beobachter nur an bestimmten Orten bewegen lassen möchte, fordern die ukrainische Führung und der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel eine UN-Truppe auf dem gesamten besetzten Gebiet sowie insbesondere an der russisch-ukrainischen Staatsgrenze. Sigmar Gabriels Reise nach Kiew Anfang des Jahres 2018 war ein wichtiges Signal der deutschen Unterstützung für die Ukraine. Jedoch nur ein halber Schritt, um tatsächlich Bewegung in den Konflikt zu bringen und damit in erster Linie Symbolpolitik. Wenn er etwas bewegen wollte, hätte er weiter nach Moskau reisen müssen, um hier tatsächlich zu verhandeln. Gleichzeitig macht das nur Sinn, wenn Deutschland mit Frankreich in den UN Sicherheitsrat einen abgestimmten Vorschlag für die UN-Schutztruppe einbringen würden, umso Moskau und Kiew zu Reaktionen zu zwingen.

Jedoch stellt sich die Frage, gibt es im Moment überhaupt ein Interesse an einer Veränderung des Status quo? Russland steht vor Präsidentschaftswahlen und wird als Austragungsort der Fußball Weltmeisterschaft in diesem Jahr, in den nächsten Monaten kein Interesse an einer Veränderung der Situation haben. Gleichzeitig hat Putin erfolgreich über seinen Militäreinsatz in Syrien und internationale diplomatische Initiativen Anerkennung und Prestige gewonnen. Warum sollte er seine Position ändern? Moskau hat kein Interesse, die besetzten Gebiete zu annektieren und will sie weiterhin im Rahmen einer Föderalisierung der Ukraine als Einflussinstrumente auf gesamtstaatliche Entscheidungen im Nachbarland in Stellung bringen. Das macht den Vorschlag für eine UN-Schutztruppe nicht zu einem strategischen, sondern nur zu einem taktischen Manöver, ohne Kernziele dabei aufzugeben.

Die Ukraine und der Westen

Gleichzeitig beobachtet die russische Führung, wie der ukrainische Präsident Petro Poroschenko und die ukrainischen Eliten Schlüsselinstitutionen zur Bekämpfung von Korruption und für den Reformprozess insgesamt schwächen. Das wird den Konflikt Kiew mit der EU und den USA weiter verstärken und gibt Moskau Möglichkeiten, sich in die innerukrainischen Konflikte einzumischen bzw. die Frustration in den europäischen Hauptstädten über die Entwicklungen in der Ukraine zu schüren. Ukrainische Oligarchen machen weiterhin Geschäfte mit Russland und den besetzten Gebieten, sie können mit dem Status quo leben. Poroschenko hat zwar das Gefühl, dass er durch die (fragile) Stabilisierung der Wirtschaft mehr Freiraum gegenüber Washington und Brüssel bekommen hat, gleichzeitig ist er innenpolitisch angeschlagen und hat wenig Handlungsspielraum, um Flexibilität gegenüber Moskau oder gar den Separatisten zu zeigen. Der Krieg in der Ostukraine dient Poroschenko weiterhin als Rechtfertigung, den Reformprozess zu verlangsamen und in einigen Bereichen zurückzudrehen.

Die US-Regierung plant mit Unterstützung des Kongresses, die Ukraine mit moderner Verteidigungstechnik auszustatten. Gleichzeitig hat der Kongress die Sanktionen gegenüber Moskau im Kontext des Ukraine-Konfliktes und der Einmischung Russlands in die US-Präsidentschaftswahlen verschärft. All diese Aktionen werden nicht dazu führen, dass der Kreml zu echten Verhandlungen um die Ostukraine bereit ist. Die EU hat ihre Sanktionen gegenüber Russland erneut Ende des Jahres verlängert, aber der Konsens darüber bleibt fragil, vor allem auch mit Blick auf die problematischen Entwicklungen in der Ukraine. Die Verzögerung der Entscheidung über eine zukünftige Bundesregierung macht Deutschland nicht handlungsunfähig, führt aber auch nicht dazu, dass Berlin im Moment besonders aktiv ist oder gar neue Initiativen starten wird. Jede neue Bundesregierung wird weniger Zeit für die Ostukraine haben und mehr mit innenpolitischen Fragen und der Zukunft Europas beschäftigt sein. Sollte Angela Merkel erneut Bundeskanzlerin werden, geht sie politisch geschwächt in ihre letzte Amtsperiode, konfrontiert mit einem Bundestag, der Putin freundlicher geworden ist, mit Parteien (AfD, Die Linke), die Moskau und die Separatisten gegenüber der Ukraine unterstützen. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in der Warteschleife hat

sich bisher wenig mit ostpolitischen Initiativen profiliert und wird, sollte Deutschland dann bereit sein, sich auf die Zukunft der EU und Reformen in Frankreich konzentrieren.

Reformbedarf in der Ukraine

All das sind keine guten Nachrichten für die Menschen in der Ostukraine. Dieser Krieg begrenzter Intensität bleibt gefährlich. Waffenstillstände halten nicht lange, Vertrauen fehlt auf beiden Seiten völlig. Aufgrund der wachsenden Polarisierung in der Ukraine, dem begrenzten Engagement des Staates in den befreiten Gebieten, einer Kontinuität lokaler Eliten im Süden und Osten des Landes und wirtschaftlichen Austausches zwischen befreiten und besetzten Gebiete, sind die Gefahren für spill over Effekte auf die gesamte Ukraine nicht gebannt. Die ukrainische Armee ist moderner, professioneller und kampfstärker geworden. Jedoch ersetzt diese militärische Modernisierung nicht die Rolle des Staates bei der Entwicklung der südlichen und östlichen Gebiete des Landes. Nur wenn die Ukraine den Schritt zu strukturellen Reformen im Bereich Rechtswesen, Staatsanwaltschaft, öffentliche Verwaltung und Bekämpfung von Korruption schafft, kann sie zu einem modernen, funktionierenden Staat werden. Kiew muss Präsenz zeigen in den befreiten Gebieten und den Menschen das Gefühl geben, sich zu kümmern. Solange jedoch weiterhin

lokale und nationale Oligarchen die Regeln bestimmen und zentrale Ansprechpartner für die lokale Bevölkerung sind, wird die Ukraine ein fragiler Staat bleiben, der externe Akteure einlädt, sich in innere Angelegenheiten einzumischen.

Die Herausforderung

Die Politik der kontrollierten Destabilisierung und des Erhalts nichtstaatlicher Räume ist zu einem wichtigen Einflussinstrument Russlands zur Kontrolle seiner postsowjetischen Nachbarschaft geworden. Die besetzten Gebiete in der Ostukraine sind ein Musterbeispiel für diese Politik, bei der russische Eliten gar kein Interesse haben, sie zu ändern, solange sie nicht ihre Maximalinteressen durchgesetzt haben. Weder die betroffenen Staaten selbst, mit ihren zumeist oligarchischen Strukturen und eigennützigem Eliten noch die EU oder NATO haben dem bisher etwas entgegengesetzten können. Kurzfristiges Konfliktmanagement reicht nicht aus, um diese Krise zu lösen. Hierfür braucht es eine langfristige Vision der ukrainischen Eliten und Gesellschaft sowie der EU für die Zukunft der Ukraine. Je stabiler die Ukraine ist, je moderner und leistungsfähiger ihr Staat auftritt, desto größer wird der Druck auf die besetzten Gebiete und Moskau steigen, etwas am Status quo zu verändern. Das zu erreichen, ist eine ukrainische und gesamteuropäische Aufgabe.

Über den Autor

Stefan Meister ist seit Januar 2017 Leiter des Robert Bosch-Zentrums für Mittel- und Osteuropa, Russland und Zentralasien der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

Krieg – die neue Normalität in der Ukraine?

Von Gwendolyn Sasse (Zentrum für Osteuropa- und Internationale Studien (ZOiS), Berlin)

Einleitung

Ein Krieg, der lange anhält, wird langsam zu Normalität – sowohl für die am Krieg Beteiligten und die betroffene Bevölkerung als auch für Außenstehende. Längst ist der Krieg in der Ukraine, der 2014 begann, bereits über 10.000 Menschen das Leben gekostet und über zwei Millionen Menschen zu Geflüchteten gemacht hat (davon mindestens 1,6 Millionen Binnenflüchtlinge und 1 Million nach Russland Geflüchtete), weitgehend aus den Nachrichten verschwunden. Es ist fraglich, wie vielen Deutschen der Krieg, der sich in täglichen Kampfhandlungen fortsetzt, (noch) im Bewusstsein ist. Bereits vor Kriegsausbruch war der Informationsstand über die Ukraine und ihre historisch gewachsene,

jedoch nicht zwingend mit Konflikt verbundene regionale, ethnolinguistische, politische und wirtschaftliche Diversität generell begrenzt. Zwischenzeitlich war die Ukraine im öffentlichen Bewusstsein etwas präsenter, aber nun bleibt vor allem der Nachgeschmack, dass dieses Land unwiderruflich mit Krieg, Instabilität und der Anspannung im Verhältnis des Westens zu Russland verbunden ist. Die gefühlte Distanz zwischen Berlin und Kiew bzw. dem Donbass ist deutlich größer als die geografische Entfernung. Es ist ein Krieg in Europa, der ganz Europa angeht, der jedoch nicht als solcher gesehen wird und momentan von innenpolitischen Themen in vielen europäischen Staaten zusätzlich überschattet wird.

Auch in Kiew hat man sich inzwischen mit dem Krieg eingerichtet. In der Hauptstadt geht das Leben seinen Gang; es fällt schwer, sich die Realität in der Kriegszone vorzustellen – und nahe der Kriegsgrenze im Donbass erscheint Kiew als sehr weit weg. Niemand in der Ukraine erwartet eine rasche Lösung des Konflikts. Es fehlt an Initiativen und politischem Willen, auf eine konkrete Lösung hinzuarbeiten. 2019 stehen Präsidentschaft- und Parlamentswahlen an, die bereits jetzt den innenpolitischen Kontext prägen. Hier dient der Krieg eher als Erklärung für schleppende Reformen und nicht als Anlass für eine Intensivierung von Friedensbemühungen oder eine Politik, die sich an den Bedürfnissen der Geflüchteten oder der Bevölkerung der selbsternannten, von Russland getragenen, »Volksrepubliken« Donetsk und Luhansk, orientiert. Das neue Gesetz, das die Re-Integration der durch Russland besetzten Gebiete postuliert, beinhaltet keine konkreten Schritte, die zu wirklicher Re-Integration führen könnten. In erster Linie geht es um die Benennung Russlands als Besatzungsmacht.

»Einfrieren«?

Die Idee des »Einfrierens« des Konflikts ist ein beliebter Terminus in der ukrainischen, russischen und EU-weiten Diskussion über den Krieg. Während der Status eines »eingefrorenen« Konflikts seit langem in anderen post-sowjetischen Konflikten als Bestandsaufnahme kursiert – zu Unrecht, denn auch auf niedrigem Niveau schwelende Konflikte stehen nie still und können jederzeit wieder aufleben – wird der Begriff des »Einfrierens« in Bezug auf den Donbass gar im Voraus als eine Art Strategie und die bestmögliche Option verhandelt. Dies ist ein Trugschluss – der Begriff geht an der jetzigen und zukünftigen Realität eines ungelösten Konflikts vorbei, da er suggeriert, dieser Prozess und seine Folgen ließen sich koordinieren. Viel wahrscheinlicher ist bei diesem Szenario ein politischer Kontrollverlust auf allen Seiten, einschließlich der Ukraine, Russlands und der »Volksrepubliken«, der anderen, kriminellen und gewaltsamen Strukturen den Weg freimacht.

Alle Beteiligten am Minsk-Prozesses sind sich einig, dass der Prozess nicht funktioniert. Die Minsker Abkommen von 2014 und 2015 haben die Gewalt eingedämmt, aber keinen dauerhaften Waffenstillstand garantieren können. Das amerikanische Sanktionsregime, die Ankündigung von Waffenlieferungen aus den USA, auch wenn diese als Verteidigungswaffen definiert werden, das politische Kalkül Moskaus vor der russi-

schen Präsidentschaftswahl im März 2018 und die durch die komplizierte Regierungsbildung in Berlin reduzierte Sichtbarkeit deutscher Außenpolitik erschweren den Dialog zusätzlich. In Ermangelung von Alternativen gilt es, die Option einer UNO-Blauhelmission systematischer auf internationaler Ebene zu diskutieren. Der Überraschungsvorschlag von russischer Seite dazu ist in seiner Form politisch nicht umsetzbar, doch wurde er nicht schnell und umfassend genug als der kleine Fenserspalt gesehen, der er sein kann. Bis zu den russischen Wahlen besteht für diese Art der Diskussion ein gewisses Zeitfenster. Die Diskussion über eine UNO-Mission muss auch gleich die Idee einer internationalen Übergangsadministration mit einschließen, um die von Moskau und Kiew umstrittene Reihenfolge der Politik- und Sicherheitsdimensionen von Minsk II in kleinere, ineinander verschränkte Sequenzen umzustrukturieren.

Ukrainische Geschlossenheit

Insgesamt hat der Krieg das Gegenteil von dem bewirkt, was Russland durch seine Unterstützung für die »Volksrepubliken« zu erreichen hoffte: Die Idee vom ukrainischen Staat ist gestärkt worden und vereint weite Teile des Landes mehr als je zuvor, und auch die Westorientierung der Ukraine steht nicht in Frage. Eine Reihe neuer Umfragen – darunter auch eine Umfrage des ZOiS in der Donbass-Region und unter den Geflüchteten – zeigen, dass die Annahme zu kurz greift, dass sich diejenigen radikalisieren, die den Krieg und seine Kosten direkt miterleben. Diese Erkenntnis deckt sich mit dem, was wir über andere Konflikte, z. B. im Westbalkan, wissen.

Es ergibt sich ein komplexeres Bild, demzufolge der Krieg im Donbass sowohl zu einer Polarisierung von Identitäten als auch zum Erhalt oder gar zur Stärkung gemischter und auf die staatliche Einheit fokussierter Identitäten geführt hat. Darüber hinaus heben die Umfragen die Bedeutung ukrainischer Staatsbürgerschaft als Identitätskategorie hervor sowie eine größere Bereitschaft der Bevölkerung, die ukrainische Sprache eng mit dem Staat zu assoziieren und zugleich mono- und bilinguale (Ukrainisch und Russisch) Sprachenwelten des Alltags explizit mit der Zugehörigkeit zum ukrainischen Staat zu verknüpfen. Diese integrativen Identitäten bieten eine gute Voraussetzung für die Zukunft des ukrainischen Staates, aber sie werden nur dann von politischer Konsequenz sein, wenn Kiew, Moskau, Berlin, Paris, Brüssel und Washington den Friedensprozess zu einer innen- und außenpolitischen Priorität machen.

Über die Autorin

Prof. Dr. Gwendolyn Sasse ist Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) und Professor of Comparative Politics, University of Oxford.

Lesetipps zum Beitrag finden Sie auf der nächsten Seite.

Lesetipps

- Gwendolyn Sasse und Alice Lackner: War and Identity: The Case of the Donbas in Ukraine, in: *Post-Soviet Affairs* (erscheint im Februar 2018).
- Die im Text zitierten Umfragen des ZOiS sind online frei zugänglich unter: <https://www.zois-berlin.de/fileadmin/media/Dateien/ZOiS_Reports/ZOiS_Report_2_2017.pdf> und <https://www.zois-berlin.de/fileadmin/media/Dateien/ZOiS_Reports/ZOiS_Report_1_2017.pdf>

Im Donbas – keine Aussicht auf Frieden

Von Gerhard Simon

Einleitung

Ein Blick auf die Wirklichkeit zum Jahreswechsel 2017/18 erlaubt keinen Optimismus, es sei denn, man überlässt sich dem Wunschenken. Noch nicht einmal ein Waffenstillstand im Donbas ist realistisch, geschweige denn Frieden. Die vereinbarte »Waffenruhe« zum orthodoxen Weihnachtsfest am 7. Januar hielt kaum 24 Stunden, obwohl in Minsk eine »Waffenruhe« für die Feiertage vom 23. Dezember bis zum orthodoxen Neujahr am 14. Januar verabredet worden war. Noch vor dem Ende der Feiertage erreichte das Kriegsgeschehen wieder seinen »normalen« Umfang: für die Woche vom 5. bis 11. Januar wurden vier Tote und 14 Verwundete auf Seiten der ukrainischen Armee gemeldet.

Die Minsker Vereinbarungen und ihre Grenzen

Die Minsker Vereinbarungen von 2014 und 2015 haben gewiss ihre Verdienste: Sie gewährleisteten die Internationalisierung des Krieges, und sie haben wohl eine Ausweitung der Kampfhandlungen auf weitere Gebiete der Ukraine verhindert. Als Instrumente zur Beendigung des Krieges taugen die Vereinbarungen aber offenbar nicht. Bislang ist keine einzige Bestimmung vollständig umgesetzt worden. Zwar hat im Dezember 2017 ein größerer Austausch von Gefangenen stattgefunden, aber der seinerzeit in Minsk vereinbarte Austausch »alle gegen alle« kam bislang nicht zustande.

Wenn schon die Vereinbarungen im humanitären Bereich nur teilweise und schleppend umgesetzt wurden, so muss eine Verwirklichung der politischen Vereinbarungen gegenwärtig als ganz unrealistisch eingeschätzt werden: Russland hat wiederholt erklärt, dass eine Wiederherstellung der Kontrolle der Ukraine über die russisch-ukrainische Grenze im Donbas und damit die Restitution des Völkerrechts nicht in Frage kommt. Die Ukraine ihrerseits wird den jetzt besetzten Gebieten keinen Sonderstatus als de facto russisches Protektorat gewähren, ebenso wenig wie eine allgemeine Amnestie für alle, die

die Waffen gegen Kiew erhoben haben. Die Ukraine sieht darin eine nachträgliche Legitimierung der Aggression.

Phantome und Realien

Eine international abgesicherte Friedensregelung müsste also über eine Fortentwicklung von »Minsk« weit hinausgehen. Als eine Option gilt eine militärisch und politisch mit einem umfassenden Mandat ausgestattete internationale Friedensmission. Sie ist bislang ein Phantom bzw. ein Propagandainstrument. Russland sieht in einer bewaffneten Friedensmission ein Instrument zum Einfrieren des Status quo, die Ukraine im Gegenteil einen Weg, an dessen Ende die Wiederherstellung der Grenze von 2013 steht. Wegen dieser unvereinbaren Zielvorstellungen erscheint eine bewaffnete Friedensmission derzeit unwahrscheinlich.

Welche Auswirkungen wird die bevorstehende Lieferung moderner amerikanischer Abwehrwaffen an die ukrainische Armee haben? Die Ukraine hatte die Vereinigten Staaten seit langem um die Lieferung dieser Waffen gebeten, um den eigenen technischen Rückstand gegenüber der russischen Artillerie und Panzern auszugleichen. Die ukrainische Zufriedenheit über die amerikanische Zusage wird durch die Vorbehalte der europäischen Partner, insbesondere Deutschlands getrübt, die aus friedensfördernden Motiven gegen eine Aufrüstung der ukrainischen Armee sind. Die ukrainische Diplomatie muss eine Balance zwischen ihren Partnern beiderseits des Atlantiks finden, auf deren Unterstützung sie angewiesen ist.

Bisher hat sich die Befürchtung, die angekündigten neuen Waffen würden zu einer Ausweitung der Kampfhandlungen führen, nicht bestätigt. Die ukrainische Seite hofft im Gegenteil auf eine abschreckende Wirkung und dadurch einen Rückgang der Kampfhandlungen, sobald die neuen Waffen einsatzbereit sind.

Die Gräben werden tiefer

Durch den bald vier Jahre dauernden Krieg haben sich die besetzten Gebiete ökonomisch und politisch von

der Ukraine entfernt; diese Tendenz wird anhalten. Die sog. Volksrepubliken Donetsk (»DNR«) und Luhansk (»LNR«), in denen mehr als 2 Millionen Menschen leben, haben de facto offene Grenzen nach Russland, und sind mit der unbesetzten Ukraine nur durch mühsam passierbare Checkpoints verbunden. Es vollzieht sich eine schleichende ökonomische und politische Integration nach Russland, ohne dessen wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung die »DNR« und »LNR« nicht lebensfähig sind. Der Rubel ist die vorrangige Währung. Waren kommen zunehmend aus Russland; der Warenaustausch mit der Ukraine ist nicht zuletzt durch ukrainische Boykottmaßnahmen geschrumpft. Der Schwarzmarkt über die Frontlinie trägt zur Kriminalisierung bei.

Russland erkennt die von den sog. Volksrepubliken ausgestellten Pässe an und erleichtert die Einbürgerung. Dennoch gibt es wohl unter der verbliebenen Restbevölkerung (Hunderttausende haben die besetzten Gebiete verlassen) keine Mehrheit für einen Anschluss an Russland. Ebenso wenig allerdings optieren die Menschen für eine Rückkehr unter die Souveränität von Kiew; wobei zu bedenken ist, dass jede offene politische Parteinahme oder gar politische Aktivität für Kiew derzeit in den »Volksrepubliken« lebensgefährlich ist. Die politische Loyalität der Bevölkerung scheint im Wesentlichen eine Funktion der Versorgung zu sein: Wer die Menschen ernährt, dem folgen sie, denn aus eigener Kraft können sie es wegen der Kriegsfolgen nicht.

Über den Autor

Prof. Dr. Gerhard Simon ist Historiker. Er war Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln und lehrte an den Universitäten Köln und Bonn.

Die Zukunft des bewaffneten Konflikts im Donbas

Von Susan Stewart (Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin)

Der Status quo

Um die Zukunft des Donbas-Konflikts zu analysieren, lohnt es sich zu fragen, inwiefern der heutige Status quo den relevanten Akteuren entgegenkommt. Momentan sieht die Situation vor Ort folgendermaßen aus: Es gibt immer noch keinen Waffenstillstand, der längerfristig anhält, und keinen Rückzug schwerer Waffen. D. h. die Bedingungen vor Ort erlauben nicht, in der absehbaren Zukunft Wahlen nach OSZE-Standards abzuhalten bzw. die anderen sogenannten »politischen« Punkte der Minsker Vereinbarungen sinnvoll umzusetzen. Ein Erfolg beim Punkt Austausch von Gefangenen ist allerdings zu verbuchen, v.a. im vergangenen Dezember. Die humanitäre

Nicht nur der Krieg, sondern auch ein allfälliger Friede und eine Wiedereingliederung der jetzt besetzten Gebiete in die Ukraine würde für das Land eine enorme ökonomische und politische Herausforderung auf viele Jahre bedeuten. Auch Russland zahlt für den Krieg einen hohen politischen und wirtschaftlichen Preis. Was motiviert Russland, diese Kosten und Nachteile in Kauf zu nehmen? Russland führt einen postkolonialen Krieg gegen die Ukraine ähnlich wie 2008 gegen Georgien und vergleichbar mit der fortdauernden russischen militärischen Präsenz in Transnistrien, einem Teil von Moldova. Russland wehrt sich gegen das Ende des Imperiums und den Verlust seiner Jahrhunderte alten Machtpositionen. Wo immer sich Gelegenheiten ergeben, betreibt Russland eine Politik der Revision.

Nichts hat das russische Selbstbewusstsein so schmerzlich verletzt, wie der »Verlust« der Ukraine. Hier schien sich 2014 nach dem Majdan die Möglichkeit zu ergeben, die Ukraine entweder durch die Abtrennung des Ostens und Südens und die Kreierung von »Neurussland« massiv zu verkleinern oder das Land insgesamt wieder unter die Hegemonie Russlands zurückzuführen. Zwar sind diese Pläne bislang insgesamt gescheitert, sie zeigen aber, wie hoch der Einsatz ist und sie erklären, weshalb Russland so viele Ressourcen für die Aggression gegen die Ukraine mobilisiert.

Lage verschlechtert sich, insbesondere in den besetzten Gebieten. Mit der Zeit gibt es eine wachsende Abschottung der besetzten von den unbesetzten Teilen. Dennoch findet nach wie vor viel Personenverkehr zwischen diesen Teilen statt, der oft mit kleineren Warenmengen verbunden ist. Das Verbot der meisten Handelstypen hat Schmuggelgeschäfte begünstigt, die die okkupierten Territorien mit dringend notwendigen Waren und Lebensmitteln versorgen und an denen eine ganze Kette von Kleinkriminellen Geld verdient. Zu der Ressourcenknappheit kommt auch eine politische Instabilität hinzu, die im Fall der »Luhansker Volksrepublik« (LNR) in den Sturz des Separatistenführers Ihor Plotnickij gemündet hat.

Zufrieden mit dem Status quo?

Inwiefern sind die involvierten Akteure mit diesem Status quo zufrieden? Der herrschenden ukrainischen Elite kommt die jetzige Situation eher entgegen. Sie ist relativ stabil, und einer Eskalation der Gewalt vermutlich vorzuziehen, auch wenn eine solche Eskalation von innenpolitischen Schwierigkeiten ablenken könnte. Tatsächliche Fortschritte in Richtung Reintegration der besetzten Gebiete wären für die ukrainische Führung eher eine unwillkommene Überforderung – sowohl finanziell als auch verwaltungstechnisch. Außerdem wäre eine Reintegration für sie von Nachteil, was Wahlen betrifft. Auch wenn es schwierig ist zu wissen, welche Meinungen die ukrainischen Bürgerinnen und Bürger in den okkupierten Territorien vertreten, gibt es genügend Indizien dafür, dass diese Menschen die Regierung in Kiew und den Präsidenten nicht unterstützen.

Russland hat wenig Interesse daran, die besetzten Gebiete als Teil des eigenen Landes zu sehen. Es wird zunehmend klar, dass die russische Führung die Ressourcen, die zurzeit für die Region verwendet werden, gern reduzieren würde. Das lässt sich aber bislang nicht verwirklichen, ohne dass die russische Führung auf einige ihrer Ziele bezüglich der Kontrolle dieser Regionen verzichtet. Von daher ist auch Russland mit dem Status quo mehr oder weniger zufrieden, auch weil die russische Elite zurzeit mit den Präsidentschaftswahlen beschäftigt ist. Nach den Wahlen ist es unwahrscheinlich, dass das russische Interesse am Donbas stark zunehmen wird. Allerdings sind Russlands außenpolitische Handlungen oft volatil und hängen von einer komplexen Konstellation von Interessen ab. Von daher ist v.a. auf Russland zu schauen, wenn es um eine mögliche Veränderung der Lage im Donbas geht.

Die sogenannten Separatisten sind auf keinen Fall an einer Reintegration der Gebiete in die Ukraine interessiert, da sie dadurch ihre Macht und ihren Zugang zu Ressourcen verlieren würden. Vermutlich würden sie aber auch nicht mehrheitlich für eine erneute Eskalation der Gewalt plädieren, weil eine solche Entwicklung die Stabilität der bestehenden teils kriminellen Netzwerke in Frage stellen könnte, die ihre Position sichern. Sie wünschen sich eine stärkere (insbesondere materielle)

Unterstützung durch Russland, können aber mit der momentanen Situation leben.

Westliche Akteure (Deutschland, Frankreich, die USA, die EU) haben ein Interesse daran, einer Lösung für den Konflikt näherzukommen, aber ihr Interesse ist nicht stark genug, um Anreize zu setzen, die die direkt involvierten Akteure dazu bewegen könnten. Der »Westen« möchte Stabilität, und sie wäre am ehesten bei einer nachhaltigen Lösung gegeben, aber es ist auch für westliche Akteure durchaus möglich, mit dem Status quo umzugehen. Der US-Sonderbeauftragte für Verhandlungen mit der Ukraine, Kurt Volker, hat versucht, dem Verhandlungsprozess neuen Atem einzuhauchen, aber auch er hat wohl inzwischen verstanden, mit welchen Hindernissen hierbei zu rechnen ist.

Ausblick

Im Hinblick auf die Position der verschiedenen Akteure ist also die Fortsetzung des Status quo die wahrscheinlichste Option. Wer am meisten darunter leidet, ist die lokale Bevölkerung, insbesondere in der DNR und LNR, aber auch in der Nähe der Konfliktlinie. Und die über zwei Millionen (Binnen)Flüchtlinge, davon mehr als 1,6 Millionen in der Ukraine. Einige Störungen des Handels zwischen den okkupierten und den nicht okkupierten Teilen haben weitreichende Folgen für die Versorgung der Bevölkerung. Unter anderem deshalb ist es wichtig, auf die soziale Lage zu fokussieren und sich mit kleinen Verbesserungsmöglichkeiten zu beschäftigen, die im Alltag helfen können. Dies kann im Rahmen der trilateralen Kontaktgruppe geschehen, muss aber nicht darauf begrenzt bleiben.

Etwaige Änderungen der Lage werden eher von Russland als von den anderen Akteuren eingeleitet und könnten sowohl in Richtung Eskalation als auch in Richtung Diplomatie gehen. Ein weiteres mögliches Szenario wäre ein Aufgreifen russischer Vorschläge durch westliche Akteure, die unter Umständen Druck auf die Ukraine ausüben könnten, diesen Vorschlägen zu entsprechen. Beide Optionen bedeuten, dass man insbesondere die Evolution der russischen Interessenlage im Blick haben muss, um die weitere Entwicklung des Donbas-Konflikts zu verstehen.

Über die Autorin

Dr. Susan Stewart ist Wissenschaftlerin an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die Außen- und Innenpolitik der Ukraine, ausgewählte Aspekte der russischen Außen- und Innenpolitik sowie die Entwicklung der Östlichen Partnerschaft der EU.

Auf dem Weg zu einer Teillösung des »Ukrainekonflikts«?

Das Instrument einer UN-Friedensmission für den Donbas und die westliche Russlandpolitik

Von Andreas Umland (Institut für Euro-Atlantische Kooperation Kiew)

Einleitung

Bei seinem Ukrainebesuch Anfang Januar 2018 sprach Außenminister Sigmar Gabriel die Entsendung einer vollwertigen UN-Friedensmission in das Donezbecken (bzw. »den Donbas«) als Mittel zur Lösung des Konflikts in der Ostukraine an. Die dahinterstehende Idee ist, dass eine vorübergehende internationale Verwaltung der derzeit besetzten ukrainischen Gebiete des Donbas die Bedingungen dafür schafft, diese Territorien schrittweise und friedlich unter vollständige Kiewer Kontrolle zurückzubringen. Gabriel bemerkte in Kiew darüber hinaus, dass es wünschenswert sei, noch vor den russischen Präsidentschaftswahlen im März 2018 ein entsprechendes Mandat des UN-Sicherheitsrates zu erhalten. Diese Aussagen des deutschen Vizekanzlers und ehemaligen SPD-Vorsitzenden wurden in Kiew mit Interesse aufgenommen.

Der Kreml, die UNO und der Frieden

Mit der neuen abgestimmten Position der USA, Frankreichs und Deutschlands zu einer größeren UN-Friedensmission in der Ostukraine (Norman & Barnes 2017) greift der Westen nun offiziell eine Idee auf, die bereits seit den ersten Eskalationen der Kampfhandlungen in der zweiten Jahreshälfte 2014 in Expertengruppen kursiert. 2015 wurde die Entsendung einer Friedensmission in den Donbas von der Ukraine offiziell als ein Vorschlag zur Lösung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine in die UNO eingebracht. In Deutschland hatte der Nürnberger Grünen-Aktivist Andrej Novak bereits Ende 2014 in englischer Sprache eine ausführliche Beschreibung und Diskussion einer möglichen UN-Mission in der Ostukraine als Lösungsmodell öffentlich gemacht. Seitdem ist der Vorschlag von anderen Beobachtern aufgegriffen worden (z. B. Melnyk & Umland 2016, Kortunov 2017, Vershbow 2018). Allerdings wurde die Idee einer großen Friedensmission zur Lösung des Ostukrainekonflikts erst seit Putins Vorschlag der Entsendung einer kleinen und leicht bewaffneten UN-Truppe zum Schutz der bereits im Einsatz befindlichen unbewaffneten OSZE-Beobachter im September 2017 (Sherr 2017) von der westlichen Diplomatie in den Rang eines nun offiziell verfolgten Ziels erhoben. Damit besteht jetzt die Möglichkeit, einen praktikablen Fahrplan zur Umsetzung der für sich genommen unrealistischen Minsker Vereinbarungen zu entwickeln und zu implementieren.

Das fundamentale Problem des Lösungsvorschlags ist freilich, dass Russland als ständiges Sicherheitsratsmitglied ein Vetorecht hat. Moskau müsste seine Zustimmung zur Entsendung nicht nur einer symbolischen, sondern auch zahlen- und ausrüstungsmäßig relevanten sowie mit einem adäquaten Mandat ausgestatteten UN-Friedensmission von mehreren tausend bzw. sogar einigen zehntausend schwerbewaffneten Blauhelmsoldaten nebst begleitender Zivilverwaltung erklären. Nicht nur wird es – selbst bei Bereitschaft des Westens, eine solche aufwändige Friedensmission vollständig über etliche Monate zu finanzieren – schwierig sein, dieses Einverständnis vom Kreml zu erhalten. Man kann davon ausgehen, dass Moskau – falls es sich überhaupt auf die Entsendung einer vollwertigen Friedensmission einlässt – versuchen wird, die politische und organisatorische Ausgestaltung eines solchen UN-Einsatzes zu beeinflussen.

Der Kreml könnte etwa darauf bestehen, als »unbeteiligter Dritter« ein eigenes Truppenkontingent zu stellen bzw. eine Einheit mit Truppen aus Verbündeten des Kremls, so etwa aus den OKSV- und EEU-Mitgliedsstaaten oder auch aus kremlfreundlichen Dritte-Welt-Ländern, in die Mission einzuschließen. Solchen russischen und/oder mit Moskau inoffiziell verbündeten Blauhelmeinheiten könnte – so wird eventuell im Kreml kalkuliert – dann ein eigenes Kontrollgebiet innerhalb der derzeit besetzten ostukrainischen Gebiete zugesprochen werden. Womöglich würde dann dieser weiterhin de facto aus dem Kreml kontrollierte Teil der heutigen sog. »Lugansker« und/oder »Donezker Volksrepublik« zum Zufluchtsort und Sammelbecken der zuhauf im Donezbecken aktiven russischen paramilitärischen Abenteurer, Extremisten, Kosaken, Söldner usw. sowie ihrer am Besatzungsregime, Kampfgeschehen und Kriegsverbrechen beteiligten ukrainischen Kollaborateure werden. Eventuell würde dann dieses Teilgebiet über längere Zeit für die Ukraine verloren bleiben.

Probleme und Chancen einer Implementierung

Wahrscheinlich werden diese oder ähnliche Zugeständnisse der Preis sein, den der Kreml fordern wird, um sein Einverständnis für eine umfassende Friedensmission im UN-Sicherheitsrat zu geben. Ein für diesen Fall wahrscheinliches Folgeproblem wäre, dass entweder die ukrainische Regierung postwendend oder aber

das ukrainische Parlament bzw. die ukrainische Gesellschaft im Anschluss derartige Moskauer Bedingungen für eine russische Zustimmung zu einer UN-Mission als inakzeptabel zurückweist. Es wird für jede ukrainische Führungsfigur – ob nun Präsident, Ministerpräsident, Außenminister, Fraktionschef usw. – angesichts der aufgepeitschten Anti-Putin-Stimmung in der Ukraine schwierig sein, auch nur auf minimale Kompromissformeln im Verhandlungsprozess öffentlich einzugehen. Für viele Ukrainer wird bereits der stillschweigende Ausschluss der Krimfrage aus den Verhandlungen mit Russland und dem Westen eine solch große zu schluckende Kröte darstellen, dass wenig politischer Raum für weitere Zugeständnisse Kiews an Moskau bleiben wird.

Trotz solcher Komplikationen, mit denen die westliche Diplomatie bei der Umsetzung eines UN-Friedensplans für das Donezbecken zu kämpfen haben wird, scheint dieser Ansatz die derzeit realistischste Chance für eine Lösung des Konflikts zu sein. Wenn man einmal von der Möglichkeit eines prinzipiellen Führungs-, Regime- und/oder Politikwechsels in Moskau in den nächsten Jahren absieht, bleibt eine internationale Übergangsverwaltung und Truppenstationierung für den Donbas vermutlich als einzige Möglichkeit, eine dauerhafte Befriedung der Ostukraine sowie eine damit einhergehende Stabilisierung der Ukraine (wenn auch ohne die Krim) zu erreichen. Ein großes UN-Truppenkontingent im Donezbecken würde die geopolitische Sicherheitslage der Ukraine merklich verbessern, es dem Staat und der Zivilgesellschaft des Landes erlauben, ihre Aufmerksamkeit wieder auf den inneren Reformprozess zu konzentrieren, sowie das politische Risikoempfinden potentieller aus- und inländischer Investoren in der Ostukraine senken. Eine sich daraufhin erfolgreich reformierende und wirtschaftlich dynamisch entwickelnde Ukraine würde auf den gesamten postsowje-

tischen Raum ausstrahlen – eine Perspektive, die freilich auch der Hauptgrund für die Aggressivität des Kremls gegenüber der Ukraine ist.

Westliches Verhalten gegenüber Moskau

Im Lichte von Gabriels Bestreben einer baldigen Sicherheitsratsentscheidung und im Falle westlicher Bereitschaft zur Finanzierung einer großen UN-Friedensmission wird die Hauptfrage der kommenden Monate darin bestehen, wie man die russische Führung zu einem Einverständnis mit diesem UN-Missionsplan bewegen kann. Knackpunkt dabei ist, inwieweit die EU und USA im Jahr 2018 fähig sein werden, ihre Sanktionspolitik gegenüber Moskau zu koordinieren und – falls nötig – zu verschärfen. Angesichts der außenpolitischen Schwerfälligkeit der EU als Gesamtheit müssen hier womöglich einzelne Mitgliedsstaaten – allen voran Deutschland – aktiver als bisher werden und gemeinsam mit den USA eine Art »good cop-bad cop«-Strategie entwickeln.

Womöglich kann das Zuckerbrot einer schrittweisen Aufweichung der Sanktionen im Falle substantieller und dauerhafter Lageverbesserungen im Donbas neben der Peitsche einer drohenden Sanktionsverschärfung bei weiterer Eskalation oder andauernder Stagnation weiterhelfen. Welche Mittel und Signale auch immer zum Einsatz kommen: Entscheidend wird sein, ob es gelingt, die russische Führung auf einen Entwicklungspfad zu bringen, der zu einer für die Ukraine annehmbaren sowie geopolitisch nachhaltigen Lösung – und nicht nur zu einem Einfrieren – des Donbas-Konfliktes führt. Da Putin inzwischen die ältere ukrainische Forderung einer Involvierung von UN-Blauhelmen vor Ort zumindest im Ansatz aufgegriffen hat (Sherr 2017), gibt es nun womöglich die Chance, einen Prozess zu starten, der zwar schwierig und lang sein wird, aber letztlich zum Ergebnis führt.

Über den Autor

Dr. Andreas Umland ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Euro-Atlantische Kooperation Kiew und Herausgeber der Buchreihe »Soviet and Post-Soviet Politics and Society«, welche beim *ibidem*-Verlag Stuttgart veröffentlicht und außerhalb Europas von Columbia University Press vertrieben wird.

Im Text zitierte Literatur

- Making Peace in Donbas? The Role of a Peacekeeping Mission [video of a panel discussion]. In: *Atlantic Council*, 19. Dezember 2017. <www.atlanticcouncil.org/events/webcasts/making-peace-in-donbas-the-role-of-a-peacekeeping-mission>
- Andrey Kortunov: The Price of Peace. The Parameters of a Possible Compromise in Donbass. In: *Russia in Global Affairs*, 3. Oktober 2017. <eng.globalaffairs.ru/book/The-Price-of-Peace-The-Parameters-of-a-Possible-Compromise-in-Donbass-19028>
- Oleksiy Melnyk & Andreas Umland: Beyond the Minsk Agreements. Why and How a Combined UN/EU Peacekeeping Mission Could Disentangle the Donbas Conundrum. In: *European Council on Foreign Relations*, 30. März 2016. <www.ecfr.eu/article/commentary_beyond_the_minsk_agreements>

- Laurence Norman & Julian E. Barnes: U.S. to Seek Russian Approval for Peacekeepers in Eastern Ukraine. In: *The Wall Street Journal*, 9. November 2017. <www.wsj.com/articles/u-s-to-seek-russian-approval-for-peacekeepers-in-eastern-ukraine-1510258304>
- Andrej Novak: What's Peace in the Donbas Worth to Us? In: *Osteuropa-Plattform der Grünen*, 4. Dezember 2014. <<https://grueneosteuropaplattform.wordpress.com/2014/12/04/whats-peace-in-the-donbas-worth-to-us-by-andrej-novak/>>
- James Sherr: Donbas Peacekeepers Proposal a Classic Putin Gambit. In: *Chatham House*, 16. Oktober 2017. <www.chathamhouse.org/expert/comment/donbas-peacekeepers-proposal-classic-putin-gambit>
- Alexander Vershbow: How to Bring Peace to the Donbas. (Yes, It's Possible). In: *Atlantic Council*, 5. Januar 2018, <www.atlanticcouncil.org/blogs/ukrainealert/how-to-bring-peace-to-the-donbas-yes-it-s-possible>

Perspektiven des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine. Ist eine Friedenstruppe realistisch?

Von Nikolaus von Twickel

Einleitung

Dieses Frühjahr geht der Krieg in der Ostukraine in sein fünftes Jahr, doch eine Lösung des Konflikts, in dem bereits mehr als 10.000 Menschen gestorben sind, ist nicht in Sicht.

Die Umsetzung des Minsker Abkommens von 2014 (Protokoll und Memorandum) und 2015 (Maßnahmenpaket) steckt in einer Sackgasse, aus der es derzeit keinen realistischen Ausweg gibt. Denn der politische Teil des Abkommens enthält Bedingungen, die sowohl für Russland als auch die Ukraine unannehmbar sind.

In Kiew befürchtet man, dass der »Sonderstatus« die Separatisten mit einem »Staat im Staat« belohnt, der weiterhin pro-russische (anti-ukrainische) Politik macht. Auf der anderen Seite befürchtet Moskau, nach einer Demilitarisierung und freien Wahlen die Kontrolle über die jetzigen »Volksrepubliken« zu verlieren – und die separatistischen Eliten selbst haben keine Sicherheit, dass sie in den Genuss der von Minsk vorgesehenen Amnestie kommen.

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass führende Akteure in Politik und Diplomatie zunehmend optimistisch über einen Vorschlag sprechen, dem bislang eigentlich gar keine Chancen eingeräumt wurden – eine Friedenstruppe der Vereinten Nationen.

Dies hat die ukrainische Regierung schon lange gefordert, was jedoch von Russland (und den Separatisten) vehement abgelehnt wurde. Im September erklärte der russische Präsident Wladimir Putin dann plötzlich, dass er sich eine solche Truppe vorstellen könne – allerdings nur zum Schutz der bestehenden OSZE-Beobachtermission und nur entlang der »Kontaktlinie« genannten Front zwischen Separatisten und der ukrainischen Armee.

Diese beiden Einschränkungen sind so stark, dass sie eigentlich jeglichen Sinn einer Friedenstruppe in Frage

stellen. Die ausländischen Blauhelmsoldaten wären sozusagen »Polizisten« für die unbewaffneten Zivilisten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), und das auch nur in einem ganz kleinen Teil ihres Einsatzgebietes.

Verständlicherweise haben die Ukraine und ihre westlichen Verbündeten den Vorschlag zunächst abgelehnt. Aber der geschäftsführende Außenminister Sigmar Gabriel hat erklärt, dass er mit Russland über die Bedingungen einer Mission verhandeln will. Bei seinem Ukraine-Besuch Anfang Januar kündigte er an, dass er ein UN-Mandat für eine Friedenstruppe noch vor der russischen Präsidentschaftswahl am 18. März erzielen will.

Als Gegenleistung will Gabriel Moskau eine scheinbarweise Rücknahme der Sanktionen anbieten. »Die Vorstellung, erst 100 Prozent Umsetzung des Minsker Abkommens und dann auf einen Schlag 100 Prozent Aufhebung der Sanktionen, halte ich für weltfremd«, sagte er.

Ist eine Friedenstruppe realistisch?

Theoretisch könnten UN-Blauhelme während der schwierigen Übergangsphase die »Volksrepubliken« stabilisieren. Doch die praktischen Hürden sind riesig:

Um die Separatistengebiete vollständig zu kontrollieren, sind mindestens 20.000 Soldaten nötig. Um deren Neutralität zu gewährleisten, dürften die Entsendestaaten weder NATO-Staaten noch enge Verbündete Russlands sein. Der logistische und finanzielle Aufwand wäre enorm.

Alle bestehenden bewaffneten Verbände müssten aufgelöst werden, damit die UN-Truppe das Gewaltmonopol erhält: Zum einen müsste also Russland seine Soldaten und Freiwilligen abziehen, die es ja nach Mos-

kaus eigenem Bekunden gar nicht gibt. Zum anderen müssten beide »Volksrepubliken« ihre Armeen entwaffnen, ohne sich auf das im Minsker »Maßnahmenpaket« (Punkt 11) verbriefte Recht auf eine »Volksmiliz« zur Einhaltung der öffentlichen Ordnung zu berufen. Die Luhansker Separatisten nennen aber – wohl in weiser Voraussicht – ihre Armee bereits seit 2014 ausschließlich »Volksmiliz«.

Schließlich müssten die »Volksrepubliken« aufgelöst werden, die zwar laut Minsker Abkommen gar nicht existieren, sehr wohl aber in den Köpfen zahlreicher Separatisten – sie haben sich nicht nur für unabhängig erklärt, sondern in ihrem Namen sind bereits tausende Kämpfer gestorben.

Ob Russland und die Separatisten zu derlei Zugeständnissen bereit sind, noch dazu vor der erwarteten Wiederwahl Wladimir Putins zu seiner vierten Amtszeit als Präsident, ist, gelinde gesagt, fraglich.

Dazu kommt, dass längst nicht alle Akteure in Donezk und Luhansk gehorsam auf jeden Fingerzeig aus Moskau reagieren. Der Sturz des Luhansker Separatistenführers Igor Plotnizki durch den örtlichen Geheimdienstchef Leonid Passetschnik im November hat gezeigt, dass der Kreml seine vermeintlich eigenen Leute nicht unter Kontrolle hat.

In Donezk gilt zwar Alexander Sachartschenko als weniger gefährdet, aber auch hier sind in der Vergangenheit Feldkommandeure bei mysteriösen Anschlägen

getötet worden, für die wahlweise Moskau oder Kiew verantwortlich gemacht werden.

Gegen eine baldige Rückkehr zur Ukraine spricht auch, dass nicht nur die Herrschenden in beiden »Volksrepubliken«, sondern eine große Zahl der Bevölkerung von mindestens drei Millionen prorussisch eingestellt ist. Laut einer viel beachteten Studie des Berliner Zentrums für Osteuropa- und Internationale Studien (ZOIS) vom vergangenen Mai sprachen sich 44,5 Prozent der dort (telefonisch) Befragten für einen Anschluss an Russland aus [siehe dazu auch den Beitrag von Gwendolyn Sasse in der vorliegenden Ausgabe].

Dazu passt der herrschende Tenor in den russischen Staatsmedien, wo die Ukraine weiterhin als Feindbild und nicht als Nachbar dargestellt wird.

Die von ukrainischer Seite initiierte Wirtschaftsblockade, die im Frühjahr 2017 zur Beschlagnahmung der bislang von ukrainischen Firmen kontrollierten Industrie seitens der Separatisten führte, hat die Aussichten auf eine Reintegration weiter getrübt. Angesichts der desolaten Wirtschaftslage bleibt als größte Hoffnung, dass die auf mindestens eine Milliarde Euro pro Jahr geschätzten Subventionen für die russisch kontrollierten Gebiete für Moskau irgendwann zu teuer werden.

Aber auch wenn Russland die Zahlungen gezwungenermaßen einstellt, dürfte eine erfolgreiche Wiedereingliederung der Separatistengebiete in die ukrainische Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nicht einfacher werden.

Über den Autor

Nikolaus von Twickel ist freier Journalist in Berlin mit Schwerpunkt Ukraine und Russland. 2015/16 war er Medienverbindungsoffizier für die OSZE-Beobachtungsmission in Donezk. Für den Deutsch-Russischen Austausch e. V. schreibt er regelmäßig einen Newsletter über die Situation in den »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk – nachzulesen bei <http://www.civicmonitoring.org/>.

DOKUMENTATION

Die UNO zur humanitären Lage in der Ostukraine

UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: Humanitarian Partners in Ukraine Appeal for \$187 Million to Assist 2.3 Million People in Need of Assistance and Protection

(Geneva, 7 December 2017): The United Nations Resident and Humanitarian Coordinator in Ukraine, Neal Walker, today briefed UN Member States in Geneva on the humanitarian crisis in eastern Ukraine as part of the launch of the country's Humanitarian Response Plan (HRP) for 2018. The plan outlines the key humanitarian relief and protection activities required to meet the critical needs of 2.3 million men, women and children affected by the conflict in 2018.

As Ukraine enters its fourth year of conflict, many of the affected people have exhausted their savings and ability to cope. They are now forced to make impossible choices between food, medicine, shelter, heating or their children's

education. Millions of women, children and the elderly are daily at risk of shelling, intensive fighting and other hostilities. Through only five operational checkpoints along the 457-kilometre 'contact line', up to one million people cross every month to access basic services, pensions, social benefits and maintain family networks.

Mr. Walker said that "the people of eastern Ukraine continue to pay the highest price for the conflict. While Ukraine may no longer be front page news, millions of men, women and children urgently require our help. Today, I call on the Member States to show their solidarity by supporting this important appeal". Mr. Walker also stressed that "lasting peace is the only humanitarian solution for millions of people affected".

Of the 4.4 million people affected by the conflict, some 3.4 million people require humanitarian assistance and protection. Of those in need, 2.3 million civilians are considered most vulnerable, many of whom are the elderly, women and children. Thirty-two international and 16 national organisations urgently require US\$187 million to reach them with critical humanitarian assistance and protection. Without funding, humanitarian organisations will be unable to support vulnerable communities during the harsh winter months.

Quelle: <<https://reliefweb.int/report/ukraine/humanitarian-partners-ukraine-appeal-187-million-assist-23-million-people-need>>

Vom Jäger zum Gejagten? Eine Analyse der Auseinandersetzungen um das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine (NABU)

Von Mattia Nelles (Kyiv-Mohyla Akademie)

Zusammenfassung

Das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine (NABU) ist Ende letzten Jahres verstärkt unter Druck geraten. Generalstaatsanwaltschaft und Inlandsgeheimdienst versuchten, alle verdeckten Ermittlungen des NABU zu unterbinden. Die Fraktionschefs der beiden Regierungsparteien brachten einen Gesetzentwurf ins ukrainische Parlament ein, der das NABU faktisch unter die Kontrolle des Parlaments stellen würde. Die vorliegende Analyse verortet diese Entwicklungen in politischen Machtkämpfen und den Konflikten mit Zivilgesellschaft und internationalen Geldgeber. Dabei wird auch auf die Diskussion um die Schaffung eines separaten, unabhängigen Antikorruptionsgerichtes eingegangen.

Einleitung

Anfang Dezember 2017 spielten sich dramatische Szenen in Kiew ab. Mehrfach versuchten Spezialkräfte des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes zusammen mit der Polizei den Oppositionspolitiker Michail Saakaschwili festzunehmen. Ihm wird vorgeworfen, mit Geld aus dem Umfeld von Ex-Präsident Wiktor Janukowytsch einen Staatsumsturz zu planen. Nach zwei gescheiterten Versuchen gelang es den ukrainischen Behörden dann doch Saakaschwili festzunehmen. Nur drei Tage später entschied ein Kiewer Gericht auf die Untersuchungshaft während der Ermittlungen gegen den Politiker zu verzichten und ihn unmittelbar freizulassen. Der Zirkus rund um den im Westen bekannten Oppositionspolitiker sorgte international für ein großes Medien-echo. Viele ukrainische Beobachter betrachten den Fall jedoch eher als Nebenschauplatz.

Im Schatten dieser Ereignisse fanden nämlich weit aus folgenreichere Ereignisse statt, die den Kampf gegen die grassierende Korruption um Jahre zurückwerfen könnten. Zuerst brachten die Fraktionschefs der beiden Regierungsparteien einen Gesetzentwurf ins ukrainische Parlament ein, der die einzige unabhängige Antikorruptionsbehörde, das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine (NABU), faktisch unter die Kontrolle des Parlaments stellen würde. Erst auf massiven internationalen Druck wurde der Gesetzentwurf von der Tagesordnung des Parlaments genommen. Zuvor hatten die Generalstaatsanwaltschaft und der Inlandsgeheimdienst in einer gemeinsamen Aktion eine verdeckte Operation des NABU unterbrochen und einen Angriff auf dessen gesamte verdeckte Ermittlungen unternommen.

Beide Ereignisse bildeten den traurigen Höhepunkt in einer Reihe von besorgniserregenden Übergriffen gegen das NABU und die Zivilgesellschaft, die 2017 eine bisher nicht gekannte Intensität erreichten und ernsthafte Zweifel am Reformwillen der Regierung und des Präsidenten aufkommen lassen.

Ziel dieser Analyse ist es, eben diese Entwicklungen und die Beharrungskräfte des Systems gegen effektive Antikorruptionsbemühungen im Geflecht des Drucks der ukrainischen Zivilgesellschaft und der internationalen Geldgeber einzuordnen. Dabei liegt der Fokus primär auf dem Druck gegen die Exekutivorgane, wie das NABU, und der Diskussion um die Schaffung eines separaten, unabhängigen Antikorruptionsgerichtes.

Schockierendes Ausmaß der Korruption

Die Amtsenthebung von Präsident Janukowytsch am 22. Februar 2014 wurde zunächst als Sieg der »Revolution der Würde« gefeiert. Damals waren die Hoffnungen großer Teile der Bevölkerung hoch, endlich ein weniger korruptes und an westeuropäischen Demokratieidealen orientiertes Staatswesen aufbauen zu können.

Noch während der Krimkrise und der anschließenden Annexion der Halbinsel durch die Russische Föderation sowie der Eskalation des Krieges im Osten des Landes, wurde das Ausmaß der grassierenden Korruption des geflohenen Präsidenten deutlich. Die Meschyhirja, das opulente Anwesen des Präsidenten – das umgeben ist von einem Park, der fast halb so groß ist wie der New Yorker Central Park und dazu mit Golfanlage, Zoo, Jagdgrund und Yachtanleger ausgestattet ist – dient heute als Symbol einer schier unbegrenzten Raffgier des Präsidenten und seiner Clique.

Der amtierende Justizminister Pavlo Petrenko schätzte im Jahr 2017, dass das Janukowytsch Regime mindestens 40 Mrd. US-Dollar aus dem Staatsbudget gestohlen habe. Diese Summe entspricht in etwa einem Fünftel des ukrainischen Bruttoinlandsprodukts von 2013. Im jährlichen Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International wurde die Ukraine 2013 – zusammen mit Russland – als das korrupteste Land Europas geführt.

Die Sandwich-These

Noch während die Übergangsregierung 2014 gegen den drohenden Staatsbankrott kämpfte, eröffnete sich

ein ideales »Window of Opportunity« für verschiedene Reformer. Ein schwacher Staat, der mit einer Reihe von Problemen zu kämpfen hatte, stand einem gut organisierten Netzwerk der Zivilgesellschaft gegenüber. Beispielhaft für den hohen Mobilisierungsgrad steht das Bündnis »Reanimation Package for Reforms«, ein Bündnis aus NGOs, Experten und Journalisten. Gleichzeitig war der ukrainische Staat von internationalen Finanzhilfen abhängig. Genau dieses Zusammenspiel von internationalen Geldgebern und zivilgesellschaftlichen Akteuren wurde schnell »Sandwich-Modell« getauft. Es schien als würde der Druck von unten, also der Zivilgesellschaft, und von oben, also von den internationalen Geldgebern, die Regierung zu weitreichenden Reformen bewegen.

Internationales Geld

Seit 2014 hat die Ukraine vom IWF 13 Mrd. US-Dollar an gering verzinsten Hilfskrediten erhalten. Die Finanzspritzen wurden für die dringend benötigte makroökonomische Stabilisierung, wie die fast ausgeschöpften Fremdwährungsreserven, verwendet. Nach Angaben des Europäischen Rechnungshofes wurden der Ukraine von Seiten der EU für den Zeitraum von 2014 bis 2020 Zahlungen von bis zu 12 Mrd. Euro in Aussicht gestellt. Darunter 8 Mrd. Euro an Darlehen der EIB (Europäischen Investitionsbank) und der EBWE (Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung). Gleichzeitig wurden 3,41 Mrd. Euro als Kredite im Rahmen der Makrofinanziellen Unterstützung (MFA) gezahlt, um die Ukraine unmittelbar zu stabilisieren. Die drei MFA-Pakete bilden jeweils die mit Abstand größten Kredite, die die EU jemals an nicht Mitgliedsstaaten gezahlt hat. Die USA stellten dreimal Stabilisierungskredite im Wert von je 1 Mrd. US-Dollar zur Verfügung. Zahlreiche weitere Institutionen und Länder, wie die Weltbank oder Deutschland, stellten Millionenkredite zur Verfügung.

Antikorruptionsreformen

Der Kampf gegen die grassierende Korruption nahm von Anfang an einen wichtigen Platz auf der internationalen Reformagenda ein. Das Versprechen, eine robuste investigative Ermittlungsbehörde zu gründen, findet sich in den verschiedenen Selbstverpflichtungen der Ukraine gegenüber IWF und EU wieder.

Noch vor den Parlamentswahlen, die am 26. Oktober 2014 stattfanden, verabschiedete das »alte Parlament« eine Reihe von Antikorruptionsgesetzen. Unter anderem wurde die erste Ukrainische Antikorruptionsstrategie 2014–2017 und die Gründung eines unabhängigen Antikorruptionsermittlungsbüros (des NABU) verabschiedet, eine zentrale Forderung sowohl der ukrainischen Zivilgesellschaft und als auch der internationalen Geldgeber.

Nationales Antikorruptionsbüro der Ukraine

Die Gründung des NABU war von großer Bedeutung, da sie einen Bruch mit der Tradition unter politischer Kontrolle stehender Staatsorgane, wie Polizei oder Generalstaatsanwaltschaft, darstellt. Das Mandat des NABU zielt speziell auf die Bekämpfung politischer Korruption. Unter die Jurisdiktion des NABU fallen ranghohe Politiker, Minister und ihre Stellvertreter, Parlamentsabgeordnete, Gouverneure, Leiter von Rechtsschutzorganen und Richter. Des Weiteren ermittelt das NABU in Korruptionsfällen mit einem Schaden von mehr als 1 Mio. Hrywna (zum aktuellen Wechselkurs knapp 30.000 Euro).

Der Auswahlprozess für die Leitung des NABU unter Beteiligung internationaler Experten wurde unter anderem von der OECD ausdrücklich gelobt. Das Verfahren selbst wurde in den Ukraine-Analysen Nr. 153 im Detail beschrieben. Am 27. April 2015 ernannte Präsident Petro Poroschenko den damals 35-jährigen Artem Sytnyk zum Vorsitzenden des NABU. Im August 2015 wurden dann die ersten NABU-Detektive eingestellt. Heute verfügt das NABU über rund 650 Mitarbeiter von denen rund 250 Ermittler sind, die in einem harten Auswahlverfahren ausgewählt wurden. Alle Mitarbeiter werden deutlich besser bezahlt als entsprechende Mitarbeiter in anderen Behörden. Das Budget des NABU lag trotzdem 2016 bei nur 487 Mio. Hrywna (zum damaligen Wechselkurs etwa 17 Mio. Euro) – ein Bruchteil der Staatsausgaben, die 2016 insgesamt 28 Mrd. Euro betragen.

Spezialisierte Antikorruptions-Staatsanwaltschaft

Im April 2015 verabschiedete das Parlament im Gesetz zur Generalstaatsanwaltschaft (Nr. 76-VIII) die Gründung einer spezialisierten Antikorruptions-Staatsanwaltschaft (SAP) als unabhängiger Abteilung innerhalb der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine. Die SAP besteht aus rund 30 Mitarbeitern und begleitet die Ermittlungen des NABU. Sie ist bevollmächtigt, die Fälle vor Gericht zur Anklage zu bringen, die unter die Jurisdiktion des NABU fallen. Mit der Ernennung von Nasar Cholodnyzkyj zum Leiter der SAP Ende November 2015 konnte das NABU offiziell seine Arbeit aufnehmen.

Nachdem das NABU seine Ermittlungen abgeschlossen hat und die SAP Anklage erhoben hat, landen die Fälle jedoch nach wie vor bei den alten Gerichten. Welche Problematik das im Kontext der andauernden Justizreform ergibt, beleuchten die Ukraine-Analysen 191. Innerhalb von zwei Jahren haben die Ermittler des NABU 461 Fälle abgeschlossen, von denen jedoch nur

97 zur Anklage gebracht werden konnten. Nach Angaben des International Anti-Corruption Advisory Board (IACAB) vom 30.11.2017 werden drei Viertel dieser Fälle von den ukrainischen Gerichten ohne nachvollziehbare Begründung verzögert. Das IACAB ist seit September 2017 Teil der EU-Antikorruptionsinitiative in der Ukraine und besteht aus renommierten internationalen Experten, wie dem ehemaligen Leiter der europäischen Anti-Korruptionsbehörde OLAF, Giovanni Kessler, oder dem früheren Richter Carlos Castresana.

Ermittlungserfolge?

2016 kritisierten manche Beobachter, dass das NABU vor den großen systemrelevanten Verdächtigen zurückzuschrecken würde. Das änderte sich 2017, als das NABU eine Reihe von hochrangigen Politikern und Staatsdienern verhaftete. Die meisten Aktionen des NABU wurden medial begleitet und es schien, als ob die Anti-Korruptionsbehörde durch öffentlichkeitswirksame Verhaftungen um das Vertrauen der Bürger warb. Jede Verhaftung glich einem Medienspektakel.

Im März 2017 wurde der Leiter der staatlichen Steuerbehörde, Roman Nasirow, der bis 2016 Abgeordneter der Regierungspartei Block Petro Poroschenko war, wegen Korruptionsverdachts festgenommen. Im April 2017 wurde dann Mykola Martynenko, ehemaliger Abgeordneter der Volksfront und ein enger Vertrauter des ehemaligen Ministerpräsidenten Arsenij Jazenuk, wegen Veruntreuung verhaftet. Im Juni wurden zwei Parlamentsabgeordnete festgenommen und die Aufhebung ihrer Immunität beantragt. Maksym Poljakow (Volksfront) und Boryslaw Rosenblat (ehemalig Block Petro Poroschenko) wurden des Amtsmissbrauchs beschuldigt. Im Oktober stieß das NABU auf Korruption im Verteidigungssektor. Der stellvertretende Verteidigungsminister Ihor Pawlowskyj wird des Missbrauchs bei der Beschaffung von Kraftstoffen beschuldigt. Ende Oktober verhaftete das NABU den ehemaligen stellvertretenden Innenminister Serhij Tschebotar und Aleksandr Awakow, den Sohn des einflussreichen Innenministers Arsen Awakow. Beiden wird Korruption im Beschaffungswesen vorgeworfen. Trotzdem halten 80 % der befragten Ukrainer in einer Umfrage der Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation vom 11. Januar 2018 den Kampf gegen die Korruption für gescheitert. Die Gründe dafür sind höchstwahrscheinlich in der geringen Anzahl der Verurteilungen zu suchen.

Legislative Angriffe auf die NABU

Je stärker sich die Mächtigen bedroht fühlten, desto stärker schien der Druck gegen das NABU. Mitte Mai 2017 wurde ein Gesetzentwurf (Nr.6220) ins Parlament eingebracht. Die vorgeschlagenen Änderungen im Straf-

recht hätten es dem NABU verboten zu ermitteln, wenn in diesen Fällen von anderen Behörden bereits Ermittlungen eingeleitet wurden. Nach Protesten der Zivilgesellschaft vor dem Parlament und erheblichem Druck der internationalen Geldgeber, einer Stellungnahme der G7 Botschafter Gruppe und einem Brief des IWF wurde der Gesetzesentwurf zurückgezogen.

Anfang Oktober 2017 wurde dann ein Gesetz (2147-VIII) verabschiedet, das verschiedene Änderungen der ukrainischen Strafprozessordnung bewirkte. Im Verlauf der Verabschiedung des Gesetzes versuchten mehrere Abgeordnete, die Dauer von Ermittlungen bei Straf- und Korruptionsfällen auf drei bzw. bei schweren Fällen sechs Monate zu verringern. Dies hätte eine erhebliche Beeinträchtigung der Korruptionsermittlungen bedeutet. Nach zähem Tauziehen im Parlament wurde die Frist auf 12 bzw. 18 Monate angehoben.

Ein weiterer legislativer Angriff konnte im November 2017 abgewendet werden. Ein Gesetzentwurf (Nr.6232) hätte die rund 250 NABU-Ermittler mit knapp 3.500 Fällen, die zu dem Zeitpunkt noch bei anderen Ermittlungsbehörden lagen, überflutet. Nach Einschätzungen verschiedener Beobachter hätte das zur Handlungsunfähigkeit des NABU führen können.

2017 erreicht im März auch der Druck gegen zivilgesellschaftliche Akteure mit den Änderungen am Anti-Korruptionsgesetz (Nr. 6172) und mehreren Schmutzkampagnen gegen NGOs und Aktivisten. einen Höhepunkt. Beide Entwicklungen sind in den [Ukraine-Analysen 183](#) und [189](#) beschrieben.

Probleme um die NABU-Überprüfung

Seit 2016 ergaben sich Konflikte um die Überprüfung des NABU. Laut Gesetz muss eine dreiköpfige Kommission das NABU bzw. die Arbeit des NABU-Vorsitzenden überprüfen. Bei einem negativen Ergebnis kann der Vorsitzende entlassen werden. Damit wird die Auswahl der Prüfer zu einem wichtigen potentiellen Machtinstrument im Umgang mit dem NABU. Bisher hat nur die Regierung einen Kandidaten ausgewählt. Präsident Poroschenko will mit seiner Nominierung bis zur Entscheidung des Parlaments warten. Seit Februar 2017 konnte sich das Parlament jedoch nicht auf einen Kandidaten einigen.

Am 06. Dezember 2017 wählte eine Mehrheit aus Block Poroschenko, Volksfront und einigen Abgeordneten des Oppositionsblocks den im Westen und in der Zivilgesellschaft geschätzten Jehor Sobolew als Vorsitzenden des parlamentarischen Antikorruptions-Ausschusses ab. Sobolew hatte sich monatelang gegen Versuche gewehrt, unbekanntem beziehungsweise unqualifizierten Kandidaten den Weg zur Nominierung als NABU-Prüfer zu ebneten.

Andere Angriffe auf das NABU

Die Neugründung des NABU im Jahr 2015 bedeutete unmittelbar einen Machtverlust für die traditionell wichtigste ukrainische Ermittlungsbehörde, die Generalstaatsanwaltschaft, die über ca. 15.000 Mitarbeiter in der ganzen Ukraine und breite Ermittlungsbefugnisse verfügt. Sie hatte zuvor das Monopol auf Strafverfahren gegen Staatsbedienstete und Staatsanwälte. Erste Behinderungen und handfeste Zusammenstöße des NABU mit der Generalstaatsanwaltschaft fanden 2016 statt. Sie wurden in den Ukraine-Analysen 173 gut beschrieben.

Im Mai 2017 eröffnete die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen Gizo Uglava, den ersten stellvertretenden Leiter des NABU und seinerseits einer der wenigen ehemaligen Georgier die noch in den ukrainischen Behörden verblieben. Ihm wird vorgeworfen, illegal zwei Staatsangehörigkeiten zu besitzen.

Die Dezember-Affäre

Anfang Dezember 2017 erreichten die Angriffe auf das NABU ihren bisherigen Höhepunkt. Der Geheimdienst (SBU) ließ zusammen mit der Staatsanwaltschaft eine verdeckte Operation des NABU platzen.

Seit April 2017 hatte das NABU verdeckt gegen den staatlichen Migrationsdienst der Ukraine ermittelt. In der geheimen Operation wurde aufgedeckt, dass hohe Bedienstete angeblich gegen Bestechungsgelder ukrainische Pässe verkaufen. Am 29. November wurde der beteiligte NABU-Geheimagent zusammen mit mehreren NABU-Mitarbeitern vom SBU 30 Stunden festgehalten und befragt. Der SBU durchsuchte mehrere Wohnungen von NABU-Mitarbeitern. Das NABU stellte daraufhin unmittelbar alle verdeckten Ermittlungen aus Sorge vor weiteren Übergriffen ein. Sytnik, der Chef des NABU, verurteilte die Aktion als »Sabotage« und nach Angaben der Pressestelle des NABU vom 30.11.2017 war das der jüngste Versuch, das Netz der verdeckten Operationen des NABU nachhaltig zu zerschlagen.

Am 06. Dezember 2017 brachten die Fraktionsvorsitzenden der Regierungskoalition von Block Poroshenko und Volksfront einen Gesetzentwurf (Nr. 7362) ins Parlament ein. Dieser Entwurf sieht unter anderem vor, dass das Parlament mit einer einfachen Mehrheit den Vorsitzenden des NABU entlassen kann. Damit würde die einzige unabhängige Antikorruptionsbehörde effektiv unter Kontrolle des Parlaments gebracht. Nach großem internationalen Aufschrei und Druck von allen relevanten Akteuren, wie EU, IWF, Weltbank und US-Außenministerium - die Statements sind in den Ukraine-Analyse 193 dokumentiert - wurde der Gesetzentwurf von der Tagesordnung des Parlaments genommen. Zurückgezogen wurde er jedoch nicht.

Mangelnde Gerichtsbarkeit

Das verhältnismäßig kleine NABU und die noch kleinere SAP haben in den letzten zwei Jahren zwar zwar fast 100 Fälle zur Anklage gebracht, doch die große Mehrheit wird von den bestehenden Gerichten verzögert. Im Lichte der kritisch zu beurteilenden Justizreformen, die in den Ukraine-Analysen 191 genauer beleuchtet werden, ruht die Hoffnung der lokalen Zivilgesellschaft auf der Gründung eines Antikorruptionsgerichts.

Im Oktober 2017 hatte sich die Venedig-Kommission des Europarates nach Prüfung zweier ukrainischer Gesetzentwürfe für die Gründung eines unabhängigen Korruptionsgerichts ausgesprochen. Am 22. Dezember 2017 brachte der Präsident dann einen Gesetzesentwurf (Nr. 7440) ein, der die Gründung eines Antikorruptionsgerichts ermöglichen würde. Das Bündnis »Reanimation Package of Reforms« wies den Entwurf bereits am 27.12.2017 als unzureichend zurück. Das Bündnis kritisierte unter anderem, dass internationalen Experten bei der Auswahl der Richter lediglich eine beratende Funktion eingeräumt würde und dass das Gesetz das neue Gericht mit einer breiten Masse an Fällen von Korruption, Geldwäsche bis zur organisierten Kriminalität überlasten würde.

In einem veröffentlichten Brief von Ron van Rooden, dem IWF-Delegationsleiter in Kiew, an die ukrainische Präsidialverwaltung vom 11. Januar 2018 wird deutlich, dass der IWF die Kritik des Reanimation Package of Reforms teilt. Van Rooden betont in dem Brief, dass der IWF die jetzige Form des Gesetzentwurfs nicht unterstützen kann. Gleichzeitig betont er, dass die zeitnahe Gründung eines Antikorruptionsgerichts, das den Empfehlungen der Venedig-Kommission entspricht, für die Fortsetzung der IWF-Kredite eine kritische Rolle einnimmt. Satu Kahkonen, die u. a. für die Ukraine zuständige Länder-Direktorin bei der Weltbank, schloss sich dieser Kritik in einem Brief an die Präsidialverwaltung und das ukrainische Parlament an und machte Unterstützungskredite von 800 Mio. Euro davon abhängig, ob die Änderungsvorschläge umgesetzt werden. Die internationale Staatengemeinschaft scheint in Bezug auf diese wichtige Reform mit einer Stimme zu sprechen. Damit liegt der Ball wieder beim ukrainischen Präsidenten.

Ausblick

Heute halten 80% der Befragten in einer Umfrage der Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation vom 11. Januar 2018 den Kampf gegen die Korruption für gescheitert. Trotzdem verfügt die Ukraine erstmals seit 1991 über eine unabhängige Ermittlungsbehörde, die nicht vor großen Fällen zurückschreckt. Die letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass das NABU auf politische

Unterstützung angewiesen ist. Die häufigen legislativen Versuche, die Ermittlungsfunktionen des NABU einzuschränken, belegen die hohe Zahl von Feinden, die das NABU hat.

Die Entwicklungen im letzten Jahr dämpfen außerdem die Hoffnung auf eine schnelle Gründung eines effektiven Antikorruptionsgerichts. Der politische Wille, den Forderungen der Zivilgesellschaft und internationalen Geldgeber zeitnah nachzukommen, ist spürbar gering. Realistisch erscheint vielmehr, dass sich die Verhandlungen um die Gründung weiter verzögern und das Gericht nicht vor den Präsidentschaftswahlen im

März 2019 eingeführt wird. Mit einer ähnlichen Verzögerungstaktik hatte Präsident Petro Poroschenko auf die Aufhebung der Immunität von Parlamentsabgeordneten reagiert. Mit schnellen Veränderungen in der immer noch korrupten Ukraine ist daher zunächst leider nicht zu rechnen. Fast vier Jahre nach der »Revolution der Würde« werden die Beharrungskräfte gegen Reformen und damit die Zweifel immer größer, ob der Präsident und das Parlament an wirklichen Reformen interessiert sind, die das Wirken der immer noch korrupten Elite nachhaltig beeinträchtigen könnten.

Über den Autor

Mattia Nelles ist seit September 2017 als DAAD-Sprachassistent an der Kyiv-Mohyla Akademie tätig. Gleichzeitig engagiert er sich ehrenamtlich für das Anti-Corruption Research and Education Centre in Kyiv. Sein Masterstudium absolvierte er in Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin mit Studienaufenthalten in der Ukraine und Kasachstan und seine Masterarbeit verfasste er zu den ukrainischen Anti-Korruptionsbemühungen seit 2014.

Lesetipps

- OECD (2017): Anti-corruption reforms in Ukraine 4th round of monitoring of the Istanbul Anti-Corruption Action Plan, im Internet veröffentlicht unter <<http://www.oecd.org/corruption/acn/ACN-Ukraine-Round-4-Monitoring-Report-ENG.pdf>>
- EU Kommission (2017): Evaluation of Ukrainian reforms shows considerable progress but need to accelerate implementation to reap full benefits, im Internet veröffentlicht unter <https://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/35661/eu-report-evaluation-ukrainian-reforms-shows-considerable-progress-need-accelerate_en>
- Europäische Kommission: »First Report under the Visa Suspension Mechanism«, im Internet veröffentlicht unter <https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-is-new/news/20171220_first_report_under_suspension_mechanism_en.pdf>

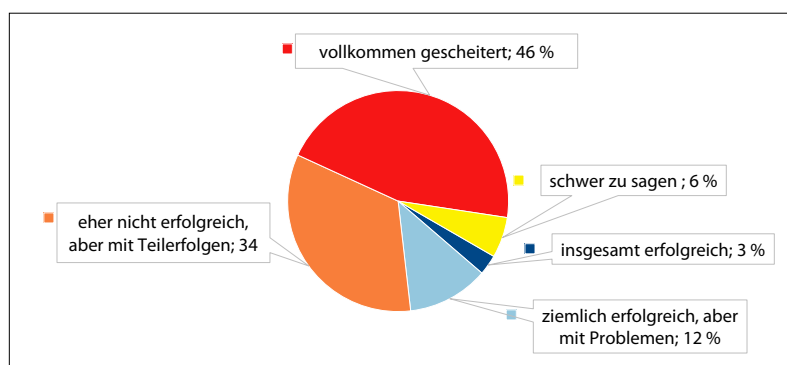
UMFRAGE

Die Korruptionsbekämpfung aus Sicht der ukrainischen Bevölkerung

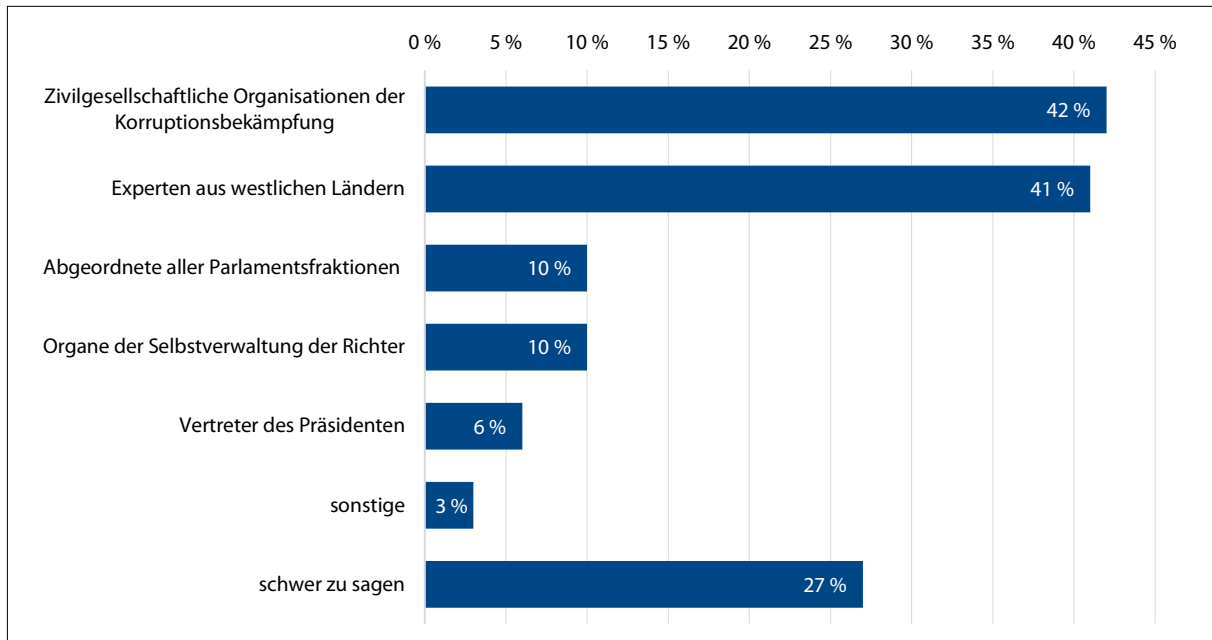
Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Razumkowitzentrum für Soziologie vom 15. bis 19. Dezember 2017 in der Ukraine (ohne Krim und besetzte Gebiete des Donbas).

Grafik 1: Wie erfolgreich ist Ihrer Meinung nach die Korruptionsbekämpfung in der Ukraine?

Quelle: Repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Razumkowitzentrum für Soziologie vom 15. bis 19. Dezember 2017 (N=2004), <<http://dif.org.ua/article/komu-doviriti-borotisya-z-koruptsieu-i-formuvati-anti-koruptsiyniy-sud-dumka-naselessly>>

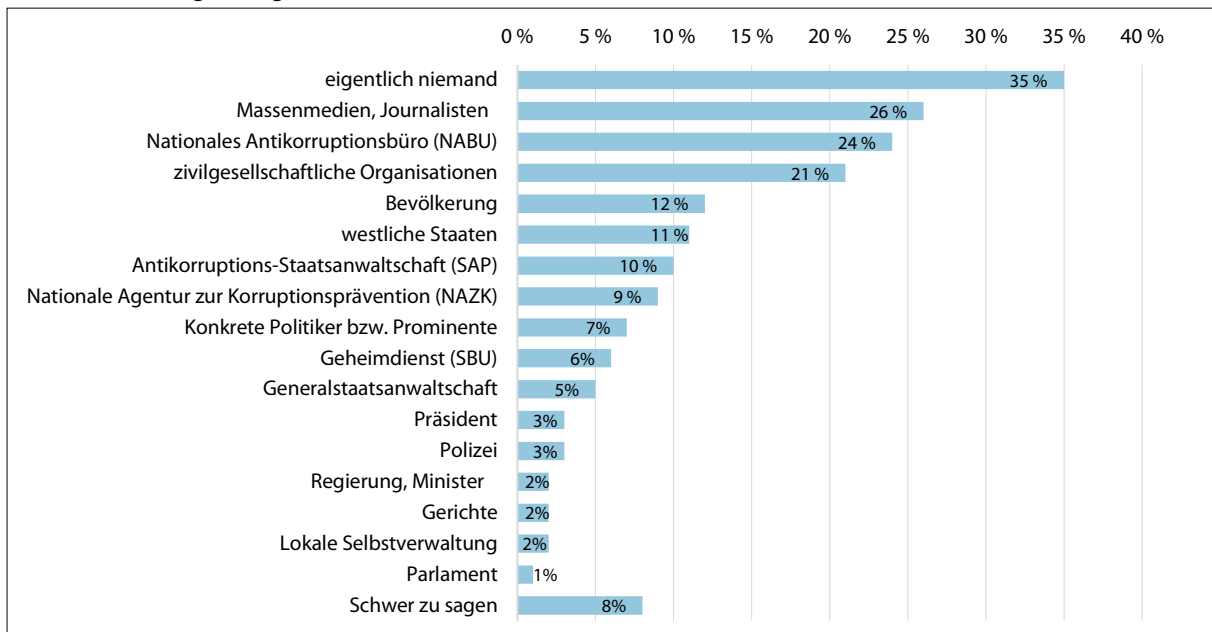


Grafik 2: Aktuell wird diskutiert, ein Antikorruptionsgericht zu schaffen. Wem würden Sie diese Aufgabe anvertrauen? Wer soll in die Auswahlkommission? (Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Razumkow-Zentrum für Soziologie vom 15. bis 19. Dezember 2017 (N=2004), <<http://dif.org.ua/article/komu-doviriti-borotisyia-z-koruptsyyu-i-formuvati-anti-koruptsiyniy-sud-dumka-naselennya>>

Grafik 3: Was würden Sie sagen, wer bekämpft die Korruption in der Ukraine am aktivsten? (Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Razumkow-Zentrum für Soziologie vom 15. bis 19. Dezember 2017 (N=2004), <<http://dif.org.ua/article/komu-doviriti-borotisyia-z-koruptsyyu-i-formuvati-anti-koruptsiyniy-sud-dumka-naselennya>>

Die schwindende Chance der Ukraine auf inklusive Institutionen

Von Viktor Stepanenko (Institut für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, Kiew)

Zusammenfassung

Vier Jahre nach dem Beginn des Euromaidan ist die Ukraine immer noch mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert, darunter der Krieg und die destruktive Art der politischen Auseinandersetzung im Land. Den dauerhaftesten Schaden bewirken jedoch vermutlich die immer wieder verzögerten Bemühungen um die Schaffung eines inklusiven Staates. Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf drei zentrale Versäumnisse des Reformprozesses.

Einleitung

Drei Hauptversäumnisse der Regierung wie der Gesellschaft sind es, die dazu führen, dass die Gelegenheit ungenutzt vorbeizieht: Erstens sind die Umsetzung des Rechtsstaatsprinzips, der Schutz der Bürgerrechte und ein garantierter Zugang zum Justizsystem problembehaftet. Zum zweiten nehmen Probleme mit Armut und sozioökonomischer Exklusion zu. Und drittens wird die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft von Korruption dominiert. Diese Aspekte des Problems verstärken sich gegenseitig und untergraben die Bemühungen der Reformer, den »Erpresserstaat« zu übernehmen und das herrschende System mit seinen extraktiven Institutionen in ein inklusives institutionelles Modell zu verwandeln. Besonders entmutigend ist dieser Mangel an nachhaltigen Veränderungen mit Blick auf die politische Agenda des Euromaidan, das System komplett neu aufzustellen.

1. Rechtssystem und Justizwesen

Der Euromaidan begann als Protestbewegung gegen die eigenmächtige Entscheidung von Viktor Janukowitschs Regierung, den Weg der Ukraine in Richtung Integration in die Europäische Union zu verlassen. Nach der brutalen Behandlung von demonstrierenden Studierenden durch die Polizei nahmen die Proteste zu. Das Streben nach gerechten Strafen für diese Täter wurde zur ersten entscheidenden Episode und ließ die Euromaidan-Protestwelle dynamisch anwachsen.

Auch in ihrem gewalttätigen Charakter versinnbildlicht diese Episode die gesamte Praxis der autoritären staatlichen Mechanismen, in denen Rechtsstaatlichkeit und Justizwesen nur Fassade waren und die Auslegung von Gesetzen sowie der Zugang zur Justiz hauptsächlich bestimmt wurden von informellen Regeln und über Korruption zustande gekommenen Vereinbarungen. Trotz des Siegs des Euromaidan kann von einer grundlegenden Reform des Rechts- und Justizsystems nicht die Rede sein.

Einige Veränderungen hat es allerdings im Strafverfolgungsbereich gegeben. Dank der Schaffung neuer Organisationen, die an die Seite der Staatsan-

waltschaft traten – das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine (NABU), die Nationale Agentur zur Korruptionsprävention (NAPC) und das Staatliche Investigationsbüro, das sich derzeit in Gründung befindet –, entwickelte sich dieser Sektor positiv. Das Justizwesen wird vereinfacht und logischer strukturiert. Die Auswirkungen dieser Bemühungen zur Institutionenbildung sind jedoch gering: Die Korruption ist nach wie vor endemisch, die Sicherheit auf den Straßen bei weitem nicht garantiert und die Gerichte sind sehr langsam in ihren Entscheidungsfindungen.

Leider lässt sich beobachten, wie alte und neue Institutionen miteinander in Konflikt geraten und Recht und Gesetz in der Ukraine unterwandern. In den letzten Monaten haben der Generalstaatsanwalt, der Vorsitzende des NABU und der Chef der NAPC Ermittlungen gegeneinander eingeleitet und ihre jeweiligen Mitarbeiter nahmen einander wiederholt gegenseitig fest, während Kriminelle sich von Verfolgung durch die Behörden befreit fühlen.

Der schwächste, ineffektivste und wahrscheinlich auch korrupteste Teil des Systems sind immer noch die Gerichte. Entsprechend ist auch das katastrophal niedrige Vertrauen der Öffentlichkeit in das Justizsystem seit dem Euromaidan nicht gewachsen: Sowohl 2013 als auch 2017 vertrauen bis zu 75 % der Ukrainer dem Justizsystem nicht. (Die Daten stammen aus der landesweiten repräsentativen Umfrage »Monitoring Ukrainian Society«, die das Institut für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine [NASU] jährlich durchführt. Die Stichprobe von 1.800 Befragten repräsentierte alle Regionen und soziodemographischen Gruppen der Ukraine außer – ab 2014 – die Krim und die Regionen Donezk und Luhansk im Donbass.)

Das Gericht als die wesentliche Institution der Rechtsstaatlichkeit ist dafür zuständig und muss dafür sorgen, dass alle Bürger Zugang zum Recht haben. Ein schlechtes Funktionieren des Justizwesens und ein Mangel an klaren gesetzlichen Regelungen bewirken sowohl ein weiterhin hohes Korruptionsniveau als auch eine geringe Attraktivität der Ukraine für Investoren.

2. Inklusive Institutionen

Die Revolution der Würde, wie die Ukrainer den Euromaidan nennen, führte nicht zu einer Auflösung des »Erpresserstaats« – eines Staates, der über intransparente, meist informelle Regeln und Korruption monopolistische Kontrolle und die Verteilung öffentlicher Güter an oligarchische Clans organisiert. Der Euromaidan war die dritte Chance der Ukraine in 25 Jahren Unabhängigkeit, den Staat von einem extraktiven Modell, bei dem Eliten den Staat ausplündern, zu einem inklusiven Modell, bei dem Eliten auch das Allgemeinwohl im Blick haben, zu wandeln.

Aber selbst die hohe Zahl von Toten, die die Revolution der Würde gefordert hat, und die Angst der herrschenden Eliten, ausgewechselt und bestraft zu werden, bewegten diese nicht dazu, einen politisch und wirtschaftlich inklusiv strukturierten Staat zu entwickeln, statt den extraktiven Staat weiter aufrechtzuerhalten. Mein Eindruck ist, dass die herrschenden Eliten der Ukraine nicht in der Lage sind, sich auf ein inklusives Modell einzustellen. Sie können nur das gewohnte (und für sie bequeme) institutionelle Umfeld reproduzieren, das auf die Suche nach schnellen Profiten durch Plündern staatlichen Eigentums aufgebaut ist.

Die Staatsorgane waren nicht bereit, sich auf die Zivilgesellschaft zu verlassen, obwohl dies vielleicht der einzige Weg ist, um die notwendige gesellschaftliche Unterstützung für die Einleitung einer tiefgreifenden und zügigen Reform der Institutionen – eines möglicherweise durchaus schmerzhaften Prozess – zu bekommen. Stattdessen verbündeten die politischen Eliten sich zum Machterhalt mit den oligarchischen Clans und stellten nach dem Maidan die extraktiven Institutionen eines ineffektiven und korrupten Systems wieder her. Das Problem weitet sich durch den militärischen Konflikt im Donbass und dessen unklare Lösungsperspektiven aus: Denn diese stärken das extraktive Institutionenmodell, indem sie Möglichkeiten für mehr Intransparenz, Unterschlagungen und Korruption im Zusammenhang mit steigenden Militärausgaben aus dem Staatshaushalt schaffen.

Einen zusätzlichen Beweis dafür, dass das extraktive Modell in Kraft bleibt, liefern das unerfüllte Versprechen einer Steuerreform und die weiterhin vorherrschende Korruption. Obwohl die Ukraine ihre Position im Weltbank-Index der wirtschaftsfreundlichsten Staaten (»Ease of Doing Business«) seit 2012 deutlich verbessert hat, liegt sie immer noch hinter Georgien, Kasachstan, der Republik Moldau, Aserbaidschan und sogar Belarus. Das hohe Korruptionsniveau des Landes ist weiterhin ein Hauptproblem. Mit Rang 131 im Korruptionsindex von 2016 befindet sich die Ukraine noch immer auf den letzten Plätzen des Rankings von Trans-

parency International. Die Einführung deregulierender Maßnahmen und einer Steuerreform würde die Mehrheit der Ukrainer in legale Arbeits- und Unternehmerverhältnisse befördern, den geschätzten Anteil der Schattenökonomie (45 % im Jahr 2017) senken und ein solides Wirtschaftswachstum generieren. Diese positiven Veränderungen würden im Gegenzug die Lage der ukrainischen Mittelklasse wieder verbessern und Forderungen nach Demokratie stärken.

3. Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft

Die institutionelle Verankerung des extraktiven Modells in der Gesellschaft zeigt sich auch in einer deformierten Kommunikation zwischen Bevölkerung und Staatsorganen. Besonders deutlich wird das am Fehlen einer strategischen Vision in Bezug auf so entscheidende Punkte wie den bewaffneten Konflikt im Donbass (ist er ein Krieg oder eine Anti-Terror-Operation?), die Zukunft der besetzten Territorien (wie werden der östliche Donbass und die Krim wieder integriert?) und die Ausrichtung der Reformen (sind das Ziel der Reformen bessere Chancen für die Ukrainer oder die Zustimmung der westlichen Partner?): All diese unbeantworteten Fragen machen den Staat zu einem ineffektiven Kommunikationspartner.

Die Inkonsistenz der Führung verstärkt die zunehmend vorhandenen Gefühle von Apathie, Verwirrung und Desorientierung in der Gesellschaft. Eine im Jahr 2016 vom Institut für Soziologie durchgeführte landesweite repräsentative Umfrage ergab, dass zwei Drittel (66 %) der Ukrainer mit der Entwicklung der Demokratie im Land nicht zufrieden waren. Zum Vergleich: Diese Zahl ist höher als im Jahr 2012 (als 59 % der Befragten angaben, unzufrieden zu sein). Annähernd 60 % der 2016 befragten Ukrainer glaubten nicht, dass sich ihr Leben in nächster Zeit verbessern würde.

Nach dem Euromaidan veränderte sich das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Staat tatsächlich in einigen Punkten. Der Staat kann einige Bereiche der Kommunikation dennoch nicht effektiv gestalten, teilweise wegen seiner Unfähigkeit, mit der Öffentlichkeit offen und ehrlich zu kommunizieren. So können aktive zivilgesellschaftliche Gruppen gegen die Regierung den Wettkampf um die dominante Botschaft gewinnen, wie etwa die Krimtataren, die den Landzugang zur Krim blockierten, oder Gruppen radikaler Patrioten, die sich für eine Handelsblockade gegen den östlichen Donbass einsetzten.

Staatlicher Führungsmangel in der Kommunikation mit der Gesellschaft schafft ein Vakuum und erlaubt Verfälschungen. Das untergräbt die Stärke der ukrainischen Gesellschaft und schwächt die Unterstützung für

die Regierung. Um eine angemessene öffentliche Kommunikation zu erreichen, wäre eine Korrektur der vorgegenommenen Praktiken der inländischen Medien notwendig. Außerdem müsste eine den öffentlichen Dialog befördernde Kultur ins Leben gerufen werden und es müssten öffentliche Praktiken der Solidarität

entwickelt sowie die Fähigkeit der Gesellschaft und der Staatsvertreter gefördert werden, einander zu hören und konstruktive Kritik sowie inhaltliche Argumente zu akzeptieren.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor

Viktor Stepanenko ist leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine in Kiew. Außerdem ist er Herausgeber des Buchs *Ukraine after Euromaidan: Challenges and Hopes* (Bern: Verlag Peter Lang, 2015).

Die englische Originalfassung seines Beitrags wurde am 03. Januar 2018 veröffentlicht unter <https://www.wilsoncenter.org/blog-post/ukraines-disappearing-chance-for-inclusive-institutions>

Die Ukraine-Analysen danken dem Autor für die Genehmigung zur Veröffentlichung der deutschsprachigen Version.

Im Text zitierte Literatur

Acemoglu, Daron and James A. Robinson. 2012. *Why Nations Fail: the Origins of Power, Prosperity, and Poverty*. 1st ed. New York: Crown.

DOKUMENTATION

Folter durch die ukrainische Polizei

Wir dokumentieren im Folgenden eine englischsprachige Kurzmeldung zur Publikation einer umfangreichen Studie über Folter durch die ukrainische Polizei. Die von der EU finanzierte Studie »Monitoring ungesetzlicher Folter durch die ukrainische Polizei 2004–2017« wurde vom Charkiwer Institut für Sozialforschung gemeinsam mit der Charkiwer Menschenrechtsgruppe durchgeführt.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

09.01.2018 | Halya Coynash

Estimated 96 thousand Ukrainians were victims of police torture in 2017

Any improvement immediately after Euromaidan in the perceived prevalence of police torture and ill-treatment in Ukraine has ended. A survey just published found that the number of victims of unlawful police violence had risen by well over 200 thousand since 2015, with the number of alleged victims of torture rising from almost 63 thousand in 2015 to almost 96 thousand in 2017. The Kharkiv Institute for Social Research report that none of the promised reforms which could seriously improve the situation have been carried out.

The authors of the study report a “reverse trend after certain positive developments in 2014 when the number of victims of torture and ill-treatment by the police fell. They warn that “the system that existed up till 2014 is effectively beginning to return”, adding that most of those suspected of crimes against Maidan have not been sentenced, and even those who did not get through the retesting system, have been reinstated in the police service.

Major factors

1. The outdated system for evaluating police work has not been changed despite the declarations made by the Interior Ministry and National Police.

The Ukrainian system whereby police assessment, and remuneration, effectively depends on statistics about how many arrests have been made, how many crimes supposedly solved, has long been recognized as a major element encouraging the use of illegal methods, including torture as a means of extracting 'confessions'.

2. An equally inadequate system for receiving complaints about the police and investigating rights violations by the police remains unreformed. Such complaints continue to be received, processed and 'investigated' by the law enforcement agencies themselves. This deters a very considerable number of victims of torture from lodging formal complaints, though some instead turn to the media. This all means that the real scale of unlawful police violence remains concealed and may bear little relation to the official statistics.

Other factors which directly contradict to the reduction in unlawful force are now being affected, in particular the availability of free legal aid. The Coordination Centre for Legal Aid reported, for example, that 3,085 cases had been uncovered where police officers had acted in breach of the Criminal Procedure Code, with one in ten detentions having been carried out without a lawyer being informed.

The authors of the survey believe that the failure to consider important factors like the above has resulted in the 'new patrol police' increasing showing the patterns and use of unlawful violence typical of their predecessors.

The survey also uncovered another dangerous trend, namely the growing number of Ukrainians willing to tolerate police brutality. Almost one in four Ukrainians believe that at least in some circumstances it is acceptable for the police to use unlawful force or even torture. The situations most likely to be viewed as making such force acceptable were where it was viewed as being "to solve particularly grave crimes"; "to prevent a terrorist act" and "to punish or revenge rapists, killers".

The factors seen by respondents as contributing to the prevalence of torture and police violence were little different from in previous years. Police impunity was named by 43.5%; the wrong people ending up in the police force (34.7%) and low professional and cultural level of police officers (30.5%).

The researchers have formulated recommendations to eliminate the above failings.

A new, independent and objective system is needed for receiving and investigating reports and complaints of unlawful force used by the police. All reports alleging police brutality should be treated as crimes, not as professional infringements. The Interior Ministry and National Police should begin implementing the relevant part of the Police Development Strategy concerning the involvement of civil society in investigating cases of police brutality.

There needs to be strict compliance with the norms of the law aimed at preventing unlawful violence. These include ensuring that detainees are informed of their rights and allowed to inform a third party of their detention, as well as being able to speak with a lawyer before their first interrogation. They should also be able to see a doctor of their choice.

The flawed system for assessing police work must be changed. The authors note that this is in compliance with the law on the National Police.

Work is also needed from both the state and civil society to reduce the tolerance shown by the public to the use by the police of torture and ill-treatment.

There are other recommendations regarding professional training of police officers, as well as measures to protect police employees' rights and their conditions of work.

Quelle: Webseite der Charkiwer Menschenrechtsgruppe, <<http://khpg.org/en/index.php?id=1515192165>>

Die vollständige Studie ist im Internet verfügbar, auf Englisch unter <<http://khisr.kharkov.ua/files/docs/1516276714.pdf>> und auf Ukrainisch unter <<http://khisr.kharkov.ua/files/docs/1516108227.pdf>>

Aktuelle Versuche einer Wahlrechtsreform

Die Ukraine hat das Wahlrecht für nationale Parlamentswahlen regelmäßig geändert. Noch vor der Änderung der Prozenzhürde ist der zentrale Aspekt der Diskussion über Wahlrechtsreformen das Mischungsverhältnis zwischen Verhältnis- und Mehrheitswahl. Bei der Verhältniswahl treten Parteien an und erhalten einen Anteil an Parlamentssitzen, der ihrem Stimmenanteil bei den Wahlen entspricht (wobei Parteien mit einem Stimmenanteil unterhalb der Prozenzhürde nicht berücksichtigt werden). Bei der Mehrheitswahl treten Einzelkandidaten (häufig, aber nicht zwingend auf Grundlage ihrer Parteizugehörigkeit) in konkreten Wahlkreisen an und die Gewinner aller Wahlkreise ziehen als Abgeordnete ins Parlament ein.

Die allgemeine Einschätzung ist, dass das Verhältniswahlrecht aufgrund der zentralen Rolle von Parteien zu einer Stärkung politischer Parteien führt. Gleichzeitig ist das Verhältniswahlrecht tendenziell weniger anfällig für Manipulationen und Korruption, da Einzelkandidaten leichter Wähler in einem Wahlkreis »kaufen« können als Parteien dies landesweit möglich ist.

Die Ukraine führte nach ihrer Unabhängigkeit das Mehrheitswahlrecht ein. 1998 und 2002 wurde die eine Hälfte der Parlamentssitze nach Mehrheitswahlrecht und die andere Hälfte der Parlamentssitze nach Verhältniswahlrecht vergeben. Bei den Wahlen 2006 und (bei vorgezogenen Neuwahlen) 2007 galt das reine Verhältniswahlrecht. 2012 und (wieder vorgezogen) 2014 galt erneut ein Mischsystem. Vor den Wahlen 2014 gab es eine intensive Debatte über eine Wahlrechtsreform, die aber nicht zu einer Einigung auf eine gesetzliche Neuregelung führte.

Im Dezember 2017 wurde von Abgeordneten des Blocks Poroschenko ein Gesetzentwurf in das ukrainische Parlament eingebracht, der eine Rückkehr zum reinen Mehrheitswahlrecht vorsieht. Wir dokumentieren im Folgenden eine Pressemitteilung der Europäischen Plattform für Demokratische Wahlen zu aktuellen Gesetzesvorschlägen für eine Wahlrechtsreform in der Ukraine.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

EPDE Policy Alert—Electoral Reform in Ukraine #4

The European Platform for Democratic Elections (EPDE) monitors the progress of electoral reform in Ukraine. This fourth issue of the “EPDE Policy Alert—Electoral Reform in Ukraine” analyzes the controversial Draft Law No. 7366 which advocates to replace the current mixed electoral system with a fully majoritarian system.

On December 6, 2017, Member of Parliament Oleh Barna (Bloc Petro Poroshenko) registered Draft Law No. 7366, which advocates to replace the current mixed electoral system with a fully majoritarian system. Two days later, the draft law was withdrawn. However, on December 18, 2017, a slightly revised version of the draft was submitted to the Parliament. The revised draft law is authored by several Members of Parliament from the Blok Petro Poroshenko faction, the People’s Front faction, the faction of the Radical Party of Oleh Lyashko, and from the parliamentary groups The People’s Will and Renaissance.

The introduction of an exclusive first-past-the-post voting system, as proposed in Draft Law No. 7366, would fundamentally contradict the goals of Ukraine’s Revolution of Dignity and the commitments of the ruling coalition. It would also oppose the will of the majority of Ukrainians, who, according to a recent poll conducted by the Razumkov Centre, are in favor of a fully proportional electoral system with open party lists for parliamentary elections. Moreover, a proportional system with open party lists in regional constituencies is long-since recommended by the Venice Commission, the Parliamentary Assembly of the Council of Europe, and the OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR).

After the registration of this controversial bill, seven alternative drafts were registered in the Parliament. Three of these draft laws—No. 7366-2, authored by Members of Parliament Leonid Yemets (People’s Front), Hanna Hopko, Nataliia Veselova, and Ostap Yednak; No. 7366-3, authored by Members of Parliament Victor Chumak (not affiliated with any faction), Serhii Leshchenko (Bloc Petro Poroshenko), Ihor Popov (Oleh Liashko’s Radical Party); and No. 7366-4, authored by several members of the faction Self-Help (Samopomich)—propose the introduction of a proportional electoral system with open party lists in regional constituencies. In this regard, all three drafts do not fundamentally differ from the respective paragraphs of the Electoral Code No. 3112-1, which was approved by the Parliament on November 7, 2017, in the first reading. However, Draft Law No. 7366-2 includes several amendments that were earlier submitted to the Parliament after the first reading of the Draft Electoral Code. These amendments

include a 40% gender quota for party lists, and a distribution of parliamentary seats between multi-member constituencies based on the number of registered voters rather than on the turnout.

The other four draft laws (No. 7366-1, No. 7633-5, No. 7633-6, and No. 7366-7) propose a wide array of different electoral systems (mainly closed-list proportional systems or a mixed system as it currently exists) which do not adequately match either the recommendations of international organizations or the expectations of Ukrainians themselves.

The alternative draft laws, which were sent to the Parliament in order to prevent the promotion of a fully majoritarian system, nevertheless entail certain pitfalls for the pursuit of electoral reform. First and foremost, the chance to find a consensus among all relevant stakeholders is likely to decrease with every new bill registered in the Parliament. Therefore, bringing up a draft law that fundamentally contradicts the earlier decisions of the Parliament does not necessarily aim to get the Verkhovna Rada actually to adopt this law. Registering Draft Law No. 7366 rather seems to serve those who oppose a full-fledged reform of the electoral legislation as a red herring in order to spoil any reform progress. This concerns, first of all, the draft electoral code which was earlier approved by the Parliament and which still needs substantial improvement. With the looming specter of a fully majoritarian system, the needed revision of the draft code for the second reading is likely to be de-focalized and, therefore, further delayed.

Electoral reform and the introduction of a fully proportional, open-list system for parliamentary elections is beyond doubt a key pillar for a strong and sustainable democracy in Ukraine. Moreover, electoral reform is tightly intertwined with anti-corruption policies. With the recent setbacks to the anti-corruption efforts, it should be highlighted that in Ukraine the current mixed electoral system promotes corruption. This applies to majority voting in single-members constituencies, which is highly vulnerable to vote buying, and proportional voting with closed party lists, which facilitates business lobbying and the maximization of oligarchic influence in politics.

+++

This issue is part of a series of EPDE Policy Alerts to inform relevant stakeholders and decision makers in Ukraine, the European Union, and globally about reforms in the field of electoral legislation, the composition and performance of the election administration, and the positioning of the main political forces in Ukraine. Please feel free to forward and share our analysis.

EPDE is financially supported by the European Union and the Federal Foreign Office of Germany. The opinions expressed here do not necessarily reflect the opinions of the donors.

<www.epde.org>

Quelle: <http://www.epde.org/en/documents/category/policy-papers.html?file=files/EPDE/RESSOURCES/2017%20Ukraine%20electoral%20law/EPDE%20Policy%20Alert%20%234_23012018-1_to%20proof_SS%20%282%29.pdf>

11. Dezember 2017 – 21. Januar 2018

11.12.2017	Ein Kiewer Gericht entlässt den zuvor festgenommenen Ex-Präsidenten Georgiens Michail Saakaschwili für die Zeit der Ermittlungen auf freien Fuß. Die Staatsanwaltschaft hatte Hausarrest gefordert.
12.12.2017	Die EU hält die Ukraine an, die Empfehlungen der Venedig-Kommission des Europarates in Bezug auf das neue Bildungsgesetz in vollem Umfang zu berücksichtigen. Die Kommission hatte festgestellt, dass das Gesetz in Bezug auf den Minderheitenschutz überarbeitungsbedürftig sei.
12.12.2017	Zum wiederholten Mal gelingt es der Versammlung der Richter des Verfassungsgerichts nicht, einen Vorsitzenden zu wählen. Laut geltendem Recht sollte die Wahl bis zum 18. Mai 2017 abgehalten worden sein, doch mehrfach waren Abstimmungen daran gescheitert, dass Kandidaten nicht die erforderliche Anzahl von Stimmen auf sich vereinigen konnten, oder dass es keine Kandidaturen gab.
12.12.2017	Der ehemalige georgische Präsident und Ex-Gouverneur der Region Odessa, Michail Saakaschwili, erklärt, dass er nie für die ukrainische Präsidentschaft kandidieren würde. Er sei allerdings bereit, Regierungschef zu werden.
14.12.2017	Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko erklärt, der ehemalige Präsident Georgiens und Ex-Gouverneur der Region Odessa, Michail Saakaschwili, werde nicht der Vorbereitung eines Staatsstreichs verdächtigt, sondern ausschließlich der Zusammenarbeit mit einer kriminellen Vereinigung, der der ehemalige Präsident Wiktor Janukowytsch und der Unternehmer Serhij Kurtuschenko angehören sollen. Die Generalstaatsanwaltschaft wirft Saakaschwili vor, von dieser Gruppe finanzielle Unterstützung für die Durchführung von Demonstrationen gegen den amtierenden Präsidenten Petro Poroschenko erhalten zu haben.
14.12.2017	Der russische Präsident Wladimir Putin fordert die ukrainische politische Führung dazu auf, direkte Gespräche mit den Separatistenführern im Donbass aufzunehmen. Anders sei der Konflikt nicht zu lösen. Außerdem müsse die Ukraine dem Donbass einen Sonderstatus einräumen.
14.12.2017	Mitarbeiter des Nationalen Antikorruptionsbüros nehmen den Vorsitzenden eines städtischen Gerichts in der Region Donezk fest. Nach Angaben der Ermittler habe der Richter eine Schmiergeldzahlung dafür erhalten, dass er einen Angeklagten nicht verurteilt habe.
14.12.2017	Die Staats- und Regierungschefs der EU einigen sich auf eine Verlängerung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate.
16.12.2017	Außenminister Pawlo Klimkin und UN-Generalsekretär António Guterres kommen in New York zu Gesprächen über eine UN-Friedensmission im Donbass zusammen.
16.12.2017	Der staatliche Grenzschutz meldet, der grenzüberschreitende Verkehr zwischen der von Russland annektierten Krim und dem ukrainischen Festland sei im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 20 % zurückgegangen.
16.12.2017	Der Anführer der Separatisten in der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sachartschenko, erklärt, eine Mission der UN, die die Bewachung der OSZE-Beobachtermission zum Auftrag habe, müsse ihre Bewegungen auf dem Gebiet der Separatisten mit deren Führung abstimmen.
17.12.2017	In Kiew findet erneut eine Demonstration gegen den Präsidenten Petro Poroschenko statt. Angeführt wird sie von Michail Saakaschwili, dem Vorsitzenden der Bewegung Neuer Kräfte. Saakaschwili fordert auf der Kundgebung den Rücktritt Poroschenkos und der gesamten politischen Führung des Landes und erklärt, der Unternehmer Rinat Achmetow, der reichste Mann der Ukraine, sei ein »Volksfeind«. Im weiteren Verlauf der Protestaktion kommt es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Demonstranten, als diese versuchen, ein Gebäude im Stadtzentrum zu besetzen. Etwa 30 Sicherheitskräfte werden verletzt. Mehrere Verfahren gegen Demonstranten werden eröffnet.
18.12.2017	Der Vorsitzende der NATO-Vertretung in der Ukraine erklärt, im kommenden Jahr erwarte die NATO von der Ukraine, dass ein Zivilist zum Verteidigungsminister ernannt werde.
18.12.2017	Nachdem die russische Seite angekündigt hatte, die russischen Offiziere aus dem Gemeinsamen Kontroll- und Koordinationszentrum, in dem russische und ukrainische Armeeeingeborene die Lage im Donbass überwachen, aus dem Donbass abzuziehen, verlassen die ukrainischen Mitarbeiter des Zentrums den von Separatisten kontrollierten Teil des Donbass.
19.12.2017	Der Chef der OSZE-Beobachtermission im Donbass, Ertuğrul Apakan, ruft beide Seiten des Konflikts zur Zurückhaltung und zum Einhalten des Waffenstillstands auf. Die Situation habe sich dramatisch verschlechtert. Es seien in den vergangenen Tagen so viele Verletzungen des Waffenstillstands gemeldet worden wie zuletzt im Februar dieses Jahres.
19.12.2017	Der staatliche Statistikdienst meldet einen Rückgang der Bevölkerungszahl um 166.000 Menschen im Jahr 2017. In der Ukraine leben demnach zurzeit 42.418.000 Menschen.

19.12.2017	Ein Berufungsgericht in Kiew nimmt die vorinstanzliche Entscheidung, Immobilien des Sohns von Innenminister Arsen Awakow zu konfiszieren, zurück und setzt ein neues Gerichtsverfahren in dieser Frage an. Gegen Oleksandr Awakow sowie gegen zwei weitere Personen ermittelt das Nationale Antikorruptionsbüro. Ihnen wird vorgeworfen, beim Einkauf von Rucksäcken für das Innenministerium öffentliche Mittel unterschlagen zu haben.
20.12.2017	Die trilaterale Kontaktgruppe aus Vertretern Russlands, der Ukraine und der OSZE vereinbart in Minsk, dass noch vor dem Jahreswechsel ein Gefangenenaustausch stattfinden solle. Außerdem soll ab der Nacht auf den 24. Dezember ein Waffenstillstand gelten.
20.12.2017	Vertreter der OSZE bestätigen den Abzug der russischen Offiziere aus dem Gemeinsamen Kontroll- und Koordinationszentrum, das die Einhaltung des Waffenstillstands im Donbass überwachen soll. Das russische Außenministerium hatte zuvor gemeldet, es werde seine Soldaten abziehen. Als Grund hatte Außenminister Sergej Lawrow die »angespannte moralisch-psychologische Lage« genannt, in der sich die Offiziere befänden.
20.12.2017	Der englische High Court of Justice ordnet die weltweite Einfrierung von Vermögenswerten der ukrainischen Unternehmer Ihor Kolomojskyj und Hennadij Boholjubow sowie von sechs Firmen, die mutmaßlich den beiden Unternehmern gehören, an. Die Maßnahme steht im Zusammenhang mit einem Prozess, den die mittlerweile verstaatlichte Privatbank gegen Kolomojskyj führt. Sie wirft ihm vor, Mittel im Wert von insgesamt 2,5 Milliarden US-Dollar aus der Bank abgezogen und eigenen Firmen zugeführt zu haben. Kolomojskyj hatte bis zum Jahr 2016 etwa 40 % der Anteile der Privatbank gehalten.
21.12.2017	Die Washington Post berichtet, dass das US-Außenministerium im Dezember den kommerziellen Verkauf letaler Waffen an die Ukraine gebilligt habe. Die Lizenz bezieht sich auf den Verkauf einiger Sniper-Modelle, nicht jedoch von Panzerabwehrraketen vom Typ Javelin, was die Ukraine ebenfalls gefordert hatte.
21.12.2017	Der Inlandsgeheimdienst SBU enttarnt nach eigenen Angaben einen Mitarbeiter der Regierung als Spion russischer Geheimdienste. Die Spionagetätigkeit des Übersetzers von Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman sei dem SBU schon mehrere Monate bekannt gewesen, dieser habe jedoch mit Hrojsmans Erlaubnis den Mitarbeiter beobachtet, um Informationen über seine Kontakte zu erhalten. Nach Medieninformationen handelt es sich bei dem Mitarbeiter um Stanislaw Jeschow. Der Pressesprecher des Kremls, Dmitrij Peskow, lehnt Kommentare zu dem Thema ab und verweist auf mangelnde Informationen.
21.12.2017	Bundeskanzlerin Angela Merkel und der russische Präsident Wladimir Putin vereinbaren in einem Telefongespräch gemeinsame Anstrengungen zur Fortsetzung der Arbeit des Gemeinsamen Kontroll- und Koordinationszentrums im Donbass. Man werde daran arbeiten, dass die russische Seite wieder zur Arbeit des Zentrums beitrage. Russland hatte seine Offiziere vor einigen Tagen abgezogen, weil sie sich – nach Angaben des russischen Außenministers Sergej Lawrow – in einer »unaushaltbaren Situation« befunden hätten.
22.12.2017	Die OSZE-Beobachtermission registriert einen Rückgang der Zahl der Explosionen im Donbass. In der Nacht auf den 24. Dezember 2017 soll ein Waffenstillstand beginnen.
22.12.2017	Kremlsprecher Dmitrij Peskow erklärt, dass die Teilnahme von deutschen und französischen Armeemangehörigen am Gemeinsamen Kontroll- und Koordinationszentrum, das die Einhaltung des Waffenstillstands im Donbass beobachten soll, auch der Zustimmung von russischer Seite bedürfe. Die Idee war vom ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko eingebracht worden. Peskow erklärt zudem, dass auch Russland sich wieder mit Offizieren beteiligen könnte. Dazu müssten allerdings die Provokationen von ukrainischen Angehörigen des Zentrums eingestellt werden.
22.12.2017	Das Verfassungsgericht erklärt ein Gesetz, das es erlaubt, Kandidaten von Parteilisten noch nach Abschluss der Wahlen zu entfernen, für verfassungswidrig. Diese Möglichkeit des nachträglichen Ausschlusses widerspreche demokratischen Prinzipien.
22.12.2017	Ein Stockholmer Schiedsgericht weist Forderungen des russischen Energiekonzerns Gazprom an den ukrainischen Konzern Naftohaz in Höhe von 56 Milliarden US-Dollar zurück. Die Klage von Gazprom hatte sich auf die Take-or-Pay-Verträge aus den Jahren 2012 bis 2017 bezogen.
23.12.2017	Nach Angaben des US-Senders ABC News wird US-Präsident Trump einen Plan zum Verkauf letaler Waffen in die Ukraine vorlegen. Dieser könnte auch die Panzerabwehrraketen vom Typ Javelin enthalten, die eine zuvor erteilte kommerzielle Ausfuhrgenehmigung noch explizit ausgenommen hatte. Ein Staatssekretär im russischen Außenministerium erklärt, staatliche Waffenlieferungen aus den USA in die Ukraine gefährdeten die Erfüllung der Minsker Friedensgespräche und erschwerten den Dialog zwischen Kiew und den Separatisten im Donbass.
25.12.2017	Die Vertreterin der Ukraine in der Arbeitsgruppe für humanitäre Fragen der Minsker Verhandlungen berichtet, der angekündigte Gefangenenaustausch zwischen der Ukraine und den Separatisten werde am 27. Dezember 2017 stattfinden. Am Folgetag erklärt der »Vorsitzende des Ministerrates« der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sachartschenko, er habe die für den Austausch vorgesehenen Gefangenen »begnadigt«.

27.12.2017	Der Generalstab der ukrainischen Armee meldet den Verlust von 191 Soldaten im Jahr 2017. Darunter fallen getötete, verschwundene und gefangene Armeeingehörige.
27.12.2017	Der angekündigte Gefangenenaustausch zwischen der ukrainischen Armee und Vertretern der Separatisten findet wie geplant statt. Die Ukraine übergibt 233 Gefangene, die Separatisten geben 74 Gefangene frei. Nach Angaben des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU verbleiben damit noch 103 Menschen in Gefangenschaft der Separatisten. Es handelt sich um den ersten Austausch von Gefangenen seit über einem Jahr.
29.12.2017	Nach Angaben des Inlandsgeheimdienstes SBU bestätigt eine Stimmanalyse eines mitgeschnittenen Telefongesprächs, dass es sich bei den beiden Gesprächspartnern um den ehemaligen georgischen Präsidenten und Ex-Gouverneur der Region Odessa, Michail Saakaschwili, und den flüchtigen Großunternehmer Serhyj Kurtschenko handle. In dem Ausschnitt, den der SBU Anfang Dezember 2017 veröffentlichte, soll zu hören sein, wie sich die beiden auf eine Zusammenarbeit einigen. Die Generalstaatsanwaltschaft wirft Saakaschwili die Zusammenarbeit mit einer kriminellen Vereinigung vor, der neben Kurtschenko auch der ehemalige Präsident Wiktor Janukowtsch angehören soll. Saakaschwilis Verteidigung weist die Stimmanalyse als Fälschung zurück.
30.12.2017	US-Verteidigungsminister James Mattis erklärt, die von den USA in die Ukraine gelieferten Waffen seien defensiver Natur. Er hoffe außerdem, die Lieferungen würden keinen entscheidenden Einfluss haben.
30.12.2017	Ein bewaffneter Mann stürmt eine Postfiliale in Charkiw und nimmt die anwesenden Personen, darunter zwei Kinder, als Geiseln. Forderungen des Mannes werden nicht bekannt. Nach einigen Stunden können alle Geiseln unverletzt befreit werden; der Mann wird festgenommen.
31.12.2017	Zwischen der Ukraine und den Vereinigten Arabischen Emiraten tritt ein Abkommen in Kraft, das die Visapflicht für Staatsbürger bei Reisen ins jeweils andere Land aufhebt.
31.12.2017	In seiner Neujahrsansprache erwähnt Präsident Petro Poroschenko zuerst die Personen, die beim Gefangenenaustausch vom 27. Dezember 2017 aus den Separatistengebieten zurückgekehrt sind. Weiterhin verspricht er für das kommende Jahr politische Stabilität und eine Verbesserung der Lebensstandards, die für jeden Ukrainer spürbar sein werde.
01.01.2018	An ukrainischen Grenzübergängen werden fortan biometrische Daten von ausländischen Staatsbürgern und Staatenlosen erfasst.
03.01.2018	Die Online-Zeitung Ukrainiska Prawda meldet, dass Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman noch vor dem Jahreswechsel zum wiederholten Mal eine Immobilie an eine Firma verkauft habe, die seiner Ehefrau gehört. Die Immobilie habe einen Wert von 8,8 Millionen Hrywnja (etwa 250.000 Euro) gehabt.
03.01.2018	Ein Kiewer Gericht weist die Klage des ehemaligen Präsidenten Georgiens und Ex-Gouverneurs der Region Odessa, Michail Saakaschwili, gegen die staatliche Migrationsbehörde ab. Saakaschwili hatte gegen die Entscheidung geklagt, ihn nicht als politischen Flüchtling anzuerkennen. Sein Heimatland Georgien hatte bereits mehrfach eine Auslieferung Saakaschwilis beantragt. Er ist dort unter anderem wegen Amtsmissbrauchs angeklagt.
05.01.2018	Der ehemalige georgische Präsident und Anführer der ukrainischen Partei der Neuen Kräfte, Michail Saakaschwili, wird in Georgien in Abwesenheit wegen Amtsmissbrauchs zu drei Jahren Haft verurteilt.
05.01.2018	Der Inlandsgeheimdienst SBU spürt nach eigenen Angaben in Kiew den ehemaligen Gesundheitsminister der Krim, Pjotr Michaltschewski, auf. Ihm wird vorgeworfen, die Annexion der Krim durch Russland administrativ unterstützt zu haben. Der SBU durchsucht seine Wohnung.
05.01.2018	Das Internetportal Marlin veröffentlicht Ergebnisse von Recherchen, die auf dem öffentlich zugänglichen Archiv elektronischer Einkommens- und Vermögensdeklarationen hoher Staatsdiener basieren. Nach diesen Recherchen haben Privatunternehmen des Präsidenten Petro Poroschenko im Jahr 2017 Staatsaufträge im Wert von insgesamt 29 Millionen Hrywnja (etwa 850.000 Euro) erhalten. Darunter ist unter anderem die Reparatur einer Marinefregatte im Wert von 15 Millionen Hrywnja (etwa 440.000 Euro).
08.01.2018	Die Polizei teilt mit, sie habe einen Verdächtigen im Mordfall Irina Nosedrowskaja festgenommen. Die Juristin und Menschenrechtlerin war am 29. Dezember 2017 verschwunden und am 01. Januar 2018 ermordet aufgefunden worden. Sie hatte sich in den Jahren 2015 bis 2017 für die Aufklärung des Todes ihrer Schwester eingesetzt. Diese war im Jahr 2015 verstorben, als ein Verwandter eines Kiewer Richters sie überfahren hatte. Irina Nosedrowskaja war im Zusammenhang mit ihren Recherchen mehrfach bedroht worden. Der Unfallfahrer war im Mai 2017 zu sieben Jahren Haft verurteilt worden, am 27. Dezember 2017 hatte das Kiewer Berufungsgericht sein Berufungsgesuch abgelehnt.
10.01.2018	Der Verdächtige im Mordfall Irina Nosedrowskaja, ein Verwandter des verurteilten Unfallfahrers, der für den Tod ihrer Schwester verantwortlich war, gesteht, Nosedrowskaja am 29. Dezember 2017 ermordet zu haben. Es handelt sich um einen Verwandten des Kiewer Richters Dmitrij Rossoschanskyj.

11.01.2018	Der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, Russland sei bereit, der Ukraine die Militärschiffe und Flugzeuge zurückzugeben, die nach der Annexion der Halbinsel dort zurückgeblieben seien. Diese befänden sich allerdings in einem »beklagenswerten Zustand«. Sie seien seit dem Abzug der ukrainischen Soldaten nicht mehr gewartet worden, aber auch zuvor bereits in keinem guten Zustand gewesen. Am Folgetag erklärt der ukrainische Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman, man sei bereit, die Schiffe in Empfang zu nehmen – zusammen mit der Halbinsel.
13.01.2018	Ein georgischer Fernsehsender, der zumeist positiv über den ehemaligen Präsidenten Georgiens Michail Saakaschwili berichtet, veröffentlicht Aufnahmen von einem Brief, den der ukrainische Präsident Petro Poroschenko im Jahr 2007 an den russischen Inlandsgeheimdienst FSB geschrieben haben soll. Der Absender des Briefs verspricht, nicht gegen die Interessen Russlands zu handeln. Im Jahr 2007 war Poroschenko Abgeordneter des ukrainischen Parlaments. Zur angegebenen Zeit galt für ihn eine Einreisesperre nach Russland.
14.01.2018	Die Präsidialverwaltung erklärt die am Vortag veröffentlichten Aufnahmen eines Briefes, den Präsident Petro Poroschenko im Jahr 2007 angeblich an den russischen Inlandsgeheimdienst FSB geschrieben haben soll, für eine Fälschung des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB.
14.01.2018	Die OSZE-Beobachtermission meldet Verstöße gegen die Vereinbarungen zum Rückzug schwerer Waffen von der Frontlinie auf Seiten der »Volksrepublik Donezk« an mehreren Stellen des von den Separatisten kontrollierten Territoriums.
15.01.2018	In einem Brief an den Vorsitzenden der Präsidialverwaltung und mehrere andere hohe Beamte drückt der Internationale Währungsfonds seine Zweifel an der Version des Gesetzes zur Einrichtung eines Antikorruptionsgerichts aus, die Präsident Petro Poroschenko im Dezember 2017 vorgelegt hatte. Das Gesetz erlaube es, die Einrichtung eines solchen Gerichts weiter zu verschleppen. Werde es nach den im Gesetz vorgesehenen Prozeduren zusammengesetzt, könne es zudem nicht das Vertrauen der Bürger gewinnen. Unter anderem solle die Rolle des Rates aus gesellschaftlichen Experten bei der Besetzung der Richterposten gestärkt werden, merkt der IWF an und weist darauf, dass das Antikorruptionsgericht Grundlage für die weitere Zusammenarbeit der Ukraine mit den internationalen Partnern sei. Am Folgetag schließt sich die Weltbank den Forderungen an.
15.01.2018	Außenminister Pawlo Klimkin kommt mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow zu einem Treffen zusammen. Nach seinen Angaben besprechen sie Fragen zu bei den Separatisten und in Russland in Haft sitzenden Ukrainern sowie die Bedingungen einer UN-Friedensmission im Donbass.
16.01.2018	In einer Studie zeigen Wissenschaftler u. a. der Universität Oxford, dass der Krieg im Osten der Ukraine zu einer Verbreitung des HI-Virus im ganzen Land beigetragen hat.
16.01.2018	Bei einem Protest einiger Hundert Menschen vor dem Parlamentsgebäude verbrennen Demonstranten die russische Flagge. Der Protest wird von Veteranen der »Anti-Terror-Operation« im Donbass organisiert. Er findet anlässlich der Parlamentsdebatte über ein Gesetz zur Reintegration der von Separatisten kontrollierten Regionen im Donbass in die Ukraine statt.
17.01.2018	UN-Generalsekretär António Guterres erklärt, die Regulierung des Konflikts in der Ostukraine sei eine der Prioritäten der UN im Jahr 2018.
17.01.2018	Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko kündigt an, dass im Rahmen der Ermittlungen gegen eine kriminelle Vereinigung, an der auch der ehemalige Präsident Wiktor Janukowytsch beteiligt sein soll, Mittel in Höhe von drei Milliarden Hrywnja (etwa 84 Millionen Euro) eingefroren würden.
17.01.2018	Die Vertretung der EU in der Ukraine ruft die Ukraine dazu auf, die Pflicht zur Abgabe einer elektronischen Einkommens- und Vermögensdeklaration für Antikorruptionsaktivisten aufzuheben. Diese Pflicht, die im Jahr 2017 zu dem bestehenden Gesetz über elektronische Deklarationen hoher Staatsdiener hinzugefügt worden war, setze Nichtregierungsorganisationen ungerechtfertigt unter Druck.
18.01.2018	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz zur Reintegration des von Separatisten kontrollierten Teils des Donbass. Darin wird Russland als Aggressor bezeichnet, der Teile des Territoriums der Ukraine besetzt halte. Diese Teile werden von dem Gesetz festgeschrieben. Russland würden daraus keinerlei territoriale Ansprüche erwachsen. Der Abgeordnete des Blocks Petro Poroschenko, Mustafa Nanyem, kritisiert, das Gesetz räume den Sicherheitsbehörden zur Bekämpfung der »bewaffneten Aggression« Russlands zu große Handlungsspielräume ein. Außerdem erlaube es dem Präsidenten, eigenmächtig über den Einsatz von Armee und anderen bewaffneten Einheiten zu entscheiden, was der Verfassung widerspreche. Der »Vorsitzende des Ministerrates« der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sachartschenko, erklärt, das Gesetz bilde die juristische Grundlage für die Eskalation des Konflikts. Kiew demonstrierte mit diesem Gesetz, dass es nicht willens sei, den Konflikt friedlich beizulegen.

18.01.2018	Wie zuvor bereits der Internationale Währungsfonds und die Weltbank kritisiert auch die EU das Gesetzesprojekt von Präsident Petro Poroschenko zur Einrichtung eines Antikorruptionsgerichts. Grundlegende Passagen des Gesetzes stimmten nicht mit den Empfehlungen der Venedig-Kommission des Europarates überein. Eine solche Übereinstimmung sei jedoch die Basis für die Visabefreiung ukrainischer Staatsbürger.
18.01.2018	Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch kritisiert die politische Führung der Ukraine scharf. Im vergangenen Jahr habe die Regierung mehrere Maßnahmen ergriffen, die die Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit einschränkten und diese mit der Eindämmung antiukrainischer Propaganda begründet. Außerdem seien viel zu wenige Angehörige der Sicherheitskräfte für Folter und ungesetzliche Verschleppungen zur Verantwortung gezogen worden, obwohl zahlreiche Fälle gut dokumentiert seien. Zudem zeigten Regierung und Justiz keine Absicht, die über 100 Todesfälle auf dem Maidan im Jahr 2014 aufzuklären.
19.01.2018	Ein weiteres Kind stirbt an Masern. Im ganzen Jahr 2017 habe es in der Ukraine nach Angaben des Gesundheitsministeriums 4782 Infektionen gegeben, in den ersten zwei Wochen des Jahres 2018 seien es bereits 1285 gewesen. Seit 2017 sind bereits acht Menschen an Masern gestorben, darunter vier Kinder. Keine dieser Personen war gegen Masern geimpft.
20.01.2018	In der Nacht zum 20. Januar 2017 greifen Unbekannte die ukrainische Botschaft in Athen mit Molotow-Cocktails an. Es werden mehrere Privatfahrzeuge von Botschaftsmitarbeitern angezündet. Niemand wird verletzt. Außenminister Pawlo Klimkin erklärt, in Absprache mit den griechischen Kollegen seien verstärkte Sicherheitsmaßnahmen angeordnet worden.
21.01.2018	Außenminister Pawlo Klimkin bestätigt, dass bei einem Anschlag auf das Intercontinental-Hotel in Kabul am Vortag sechs ukrainische Staatsbürger ums Leben gekommen sind. Insgesamt waren 18 Menschen getötet worden. Präsident Petro Poroschenko teilt später mit, dass die ukrainischen Opfer Mitarbeiter einer ukrainischen Fluggesellschaft gewesen seien.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Heiko Pleines (verantwortlich)
 Sprachredaktion und Übersetzungen: Sophie Hellgardt
 Chronik: Jan Matti Dollbaum
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2018 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>